

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang Scheffler

Ausgewählte Dokumente
zur Geschichte
des Novemberpogroms 1938

Hartmut Castner
Thilo Castner

Schuljugend
und Neo-Faschismus —
ein akutes Problem
politischer Bildung

ISSN 0479-611 X

B 44/78

4. November 1978

Wolfgang Scheffler, Dr. phil., geb. 1929; Studium der Politologie, Geschichte und des öffentlichen Rechts an der Freien Universität Berlin. 1956 bis 1959 Mitarbeit in einer Forschungsgruppe des Berliner Senats zum Thema „Widerstand in Berlin 1933—1945“. 1959 bis 1964 wiss. Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Zeitgeschichtliche Forschungstätigkeit 1965 bis 1967; anschließend Senior Research Fellow an der University of Sussex; umfangreiche Gutachtertätigkeit in NSG-Verfahren.

Veröffentlichungen u. a.: Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1960 (1966); Der Nationalsozialismus — die faschistische Utopie, in: H. H. Hartwich (Hrsg.), Politik im 20. Jahrhundert, Braunschweig 1974; Faktoren nationalsozialistischen Herrschaftsdenkens, in: G. A. Ritter/G. Ziebur (Hrsg.), Faktoren der politischen Entscheidung, Berlin 1963; Hannah Ahrendt und der Mensch im totalitären Staat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/64; Zur Praxis der SS- und Polizeigerichtbarkeit im Dritten Reich, in: G. Döker/W. Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus, Hamburg 1973.

Hartmut Castner, geb. 1945 in Saaz; Studium der Germanistik, Geschichte, Soziologie und Pädagogik in Göttingen und Erlangen; Oberstudienrat am Melanchthon-Gymnasium Nürnberg; Fachbetreuer für Geschichte/Sozialkunde; Dozent an der Volkshochschule und am Jugendzentrum Nürnberg.

Thilo Castner, Dr. rer. pol., geb. 1935 in Breslau; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und Köln; Studiendirektor der Städtischen Wirtschaftsschule Nürnberg und Mitarbeiter des Pädagogischen Instituts der Stadt Nürnberg; Dozent an der Volkshochschule Nürnberg.

Gemeinsame Veröffentlichungen: Sexualrevolution und Schule, Neuwied 1970; Emanzipation im Unterricht, Bad Homburg 1972; Die Volksrepublik China — ein sozialistisches Modell, Düsseldorf 1975; Familie und Jugend in der Industriegesellschaft, Leverkusen 1976; Werbung in Wirtschaft und Politik, Leverkusen 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938

I. Zur Situation der nationalsozialistischen Judenpolitik im Jahre 1938

Die unseligen Schüsse, mit denen der siebzehnjährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan am 7. November 1938 in der Deutschen Botschaft in Paris den Gesandtschaftsrat vom Rath niederstreckte, fielen zu einem Zeitpunkt, zu dem das nationalsozialistische Regime fest entschlossen war, den deutschen Juden Schritt für Schritt die ökonomischen Existenzgrundlagen zu entziehen. Es heißt nicht, die Bedeutung der Tat von Paris herunterzuspielen, wenn man darauf hinweist, daß dieser Vorgang lediglich die ohnehin angestrebte Entwicklung in Deutschland — in allerdings dramatischer Weise und in Formen, wie sie beispiellos in der neueren deutschen Geschichte waren — beschleunigte¹⁾. Auch ohne Berücksichtigung der durch den Novemberpogrom eintretenden Konsequenzen waren die an der jüdenfeindlichen Politik führend beteiligten deutschen Stellen im Herbst 1938 dabei, die Schlußfolgerungen aus der nach ihrer Meinung zu schleppend vorankommenden Ausschließungspolitik zu ziehen und die Formen einer schnelleren Gangart anzuvisieren. Wenn der Pogrom — der nach allem, was wir wissen, ausschließlich von Joseph Goebbels²⁾ initiiert und mit Hitler abgesprochen

— für das Regime überhaupt einen Sinn (außer der Befriedigung primitivster antisemitischer Haßgefühle) hatte, so den, den Verelendungsprozeß der deutschen Juden voranzutreiben und sich weitgehend des jüdischen Vermögens zu bemächtigen.

Das angestrebte Ziel antijüdischer Politik im Jahre 1938 — die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben voranzutreiben und den Auswanderungsdruck auf den jüdischen Bevölkerungsteil zu verstärken — wurde seit Beginn des Jahres mit einer Vielzahl verschiedener einschneidender Verordnungen forciert; es konnte daher aufmerksamen Beobachtern schon vor den Novemberereignissen nicht entgehen, daß die gesamte antijüdische Politik eine erhebliche Verschärfung erfuhr. Was eine schnellere Verwirklichung dieser Ziele im Sinne der deutschen Führung beeinträchtigte, war weniger ein Mangel an Vorstellungen und Mitteln als vielmehr ein Zuwenig an Koordination aller Maßnahmen³⁾.

ter des beschleunigten Erlasses der ‚Sternverordnung‘ wie auch entschiedener Betreiber der Deportation deutscher Juden.

³⁾ Wenn Uwe Adam (Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 204) die Ansicht vertritt, die Ausschaltungspolitik sei 1938 im Herbst in eine Sackgasse geraten, und er dabei die Planlosigkeit der bisher getroffenen Maßnahmen unterstreicht, so liegt diese überpointierte und im Kern auch irrige Interpretation darin begründet, daß er der Versuchung nicht genügend widersteht, die Gesamtentwicklung der Judenpolitik des Nationalsozialismus an den Rigiditäten der „Endlösung“ zu messen, deren innere Entwicklung er ohnehin in seiner Untersuchung nicht detailliert berücksichtigt. Die Ereignisse des Jahres 1938 — interpretiert man sie vor dem Hintergrund der faktischen Entscheidungen des Jahres und aus den auch für das Regime damals gegebenen taktischen Möglichkeiten — zeigen im Gegenteil eine entschlossene Abkehr von der langsameren Gangart der vorangegangenen Jahre und den offensichtlichen Übergang zu einem forcierten Tempo in der antijüdischen Politik.

Eine vorsichtig abwägende Darstellung für 1938 gibt Shaul Esh, *Between Discrimination and Extermination*, in: *Yad Vashem Studies*, Bd. II, Jerusalem 1958, S. 79 ff.

¹⁾ Eine den heutigen Forschungsstand umfassende, grundsätzliche Darstellung des Novemberpogroms fehlt ebenso wie eine umfassende Gesamtdokumentation. Beste Gesamtdarstellung bisher: Hermann Graml, *Der 9. November 1938 „Reichskristallnacht“*, Bonn 1955 (mehrere Neudrucke). Vgl. auch Lionel Kochan, *10. November 1938*, London 1957; Rita Thalmann und Emanuel Feinermann, *La nuit de cristal*, Paris 1972. Örtliche Beschreibungen der Vorgänge findet man in vielen lokalen Darstellungen und in den Gesamtdarstellungen zur Judenverfolgung.

Das Schicksal Grynszpans behandelt: Helmut Heiber, *Der Fall Grünspan*, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte*, 5. Jahrgang, 1957, S. 134 ff., und Friedrich Karl Kaul, *Der Fall des Herschel Grynszpan*, Berlin 1965. Für Erlebnisberichte deutscher Juden vgl. u. a.: Kurt Jakob Ball-Kaduri, *Vor der Katastrophe*, Tel Aviv 1967, S. 151 ff.

²⁾ Die Bedeutung des Reichspropagandaministers bei entscheidenden Punkten der Judenverfolgung wird sehr oft zu wenig beachtet. So war er knapp zwei Jahre später ebenso entschiedener Befürwor-

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß sich vor allem diejenigen Kräfte in der Zukunft als die entscheidenden Faktoren herausstellen sollten und die Führung in der anti-jüdischen Politik 1939 zunehmend übernahmen, die bereits 1938 über ein mehr oder minder klares Konzept verfügten: die sich ausschließlich auf diese Politik konzentrierenden Dienststellen unter Heydrichs Führung bzw. Heydrich als Exponent dieser Politik.

Trotz der angedeuteten Schwierigkeiten und unter Berücksichtigung der 1938 eintretenden Entwicklung im außenpolitischen und wehrwirtschaftlichen Bereich wurde der Weg zur ökonomischen Entrechtung und Isolierung der jüdischen Bevölkerung, behält man auch die für das Regime gegebenen zeitbedingten und taktischen Gegebenheiten im Auge, während des ganzen Jahres bis zum November ‚folgerichtig‘ betrieben. Die wesentlichen Stationen waren ⁴⁾:

a) Verschiedene Stufen der Vorbereitung zur Vermögenserfassung mit dem Ziel der Aneignung des jüdischen Eigentums für die deutsche Wirtschaft. So die Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe ⁵⁾. Damit wollte man die Verschleierung der Eigentumsverhältnisse verhindern, um bei der sich verstärkenden „Arisierung“ (d. h. die immer ausschließlicher zwangsweise werdende Veräußerung jüdischer Geschäfte, Betriebe etc. an nichtjüdische Käufer) ⁶⁾ bessere Zugriffsmöglichkeiten zu haben. Am 26. April 1938 wurde die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden erlassen ⁷⁾. Danach mußten alle Juden (einschließlich ihrer evtl. nichtjüdischen Ehepartner) ihr gesamtes Vermögen über 5 000 RM bis zum 30. Juni 1938 registrieren lassen und etwaige Veränderungen ihrer Vermögensverhältnisse von nun an sofort anzeigen. Im § 7 dieser Verordnung hieß es bezeichnenderweise: „Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deut-

schen Wirtschaft sicherzustellen.“ Damit wurde klar, daß der Staat in der Zukunft je nach Belieben seine Hand auf das jüdische Vermögen legen wollte. Es ging dabei um Vermögenswerte in Höhe von sieben Milliarden RM, wie der damalige Reichswirtschaftsminister Funk im November 1938 enthüllte, von denen bis November bereits zwei Milliarden „in deutschen Besitz“ überführt, d. h. „arisiert“ worden waren ⁸⁾. Gleichfalls vom 26. April 1938 an war auch die Neueröffnung von Betrieben durch Juden genehmigungspflichtig ⁹⁾. Schließlich wurde am 14. Juni 1938 mit der 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz der Begriff „Jüdischer Gewerbebetrieb“ geschaffen und deren Registrierung angeordnet ¹⁰⁾.

b) Begleitet wurden diese Verordnungen von den verschiedensten Berufsverböten, von denen am bedeutendsten die Löschung der Approbation der Ärzte ¹¹⁾ und das Ausscheiden der Rechtsanwälte ¹²⁾ waren. Von beiden Berufsgruppen wurden nur wenige als „Krankenbehandler“ und „jüdische Konsulenten“ zur Behandlung bzw. als Vertreter von Juden wieder zugelassen. Andere Berufsgruppen schloß man mit dem Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung aus ¹³⁾.

c) Weitere Maßnahmen sollten die jüdische Gemeinschaft als Ganzes und den einzelnen in diffamierender, bewegungseinschränkender und den sozialen Status herabsetzender Weise treffen. So wurden am 1. April 1938 die jüdischen Kultusvereinigungen ihrer Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts entkleidet und zu eingetragenen Vereinen degradiert ¹⁴⁾. Alle Juden wurden dem Kennkartenzwang unterworfen ¹⁵⁾, die Reisepässe eingezogen und bei Neuherausgabe mit einem „J“ versehen ¹⁶⁾. Besonders diffamierend war die Einführung des Zwangs zum Tragen vorgeschriebener Vornamen: wer keinen in einer Liste aufgeführten jüdischen Vornamen trug, war verpflichtet, den Vornamen Israel bzw. Sara in Zukunft zusätzlich zu führen ¹⁷⁾.

⁴⁾ Einen detaillierten Überblick über die anti-jüdischen Gesetze und Verordnungen usw. enthält: Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933—1945, Düsseldorf 1954.

⁵⁾ RGBl. I, S. 404.

⁶⁾ Instruktive Beispiele für die gesamte Ausschaltungspolitik enthält Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

⁷⁾ RGBl. I, S. 414.

⁸⁾ IMT Bd. XXXII, S. 380 (Frankfurter Zeitung, 17. Nov. 1938).

⁹⁾ RGBl. I, S. 415.

¹⁰⁾ RGBl. I, 627.

¹¹⁾ RGBl. I, 969.

¹²⁾ RGBl. I, 1403.

¹³⁾ RGBl. I, 823.

¹⁴⁾ RGBl. I, 338.

¹⁵⁾ RGBl. I, 922.

¹⁶⁾ RGBl. I, 1342.

¹⁷⁾ Ministerialbl. d. RMdI, S. 1345.

d) Auch eine Reihe gewaltsamer Ereignisse konnte man vor dem November beobachten: Synagogenzerstörungen (München, Nürnberg, Dortmund), Straßenkrawalle (in Berlin und an anderen Orten), gezielte Verhaftungswellen (so im Juni 1938) verunsicherten die deutschen Juden¹⁸⁾. Es folgte nach dem sogenannten Anschluß Österreichs die unglaublich radikale Nachholung der antisemitischen Praxis des Altreichs. Was dort fünf Jahre gedauert hatte, wurde in Österreich binnen weniger Monate nachgeholt. Besonders beunruhigte dabei Göring die schamlose Bereicherung an jüdischem Besitz durch Angehörige nationalsozialistischer Organisationen. Der „Nachholkomplex“ ließ dabei eine von Berlin gewünschte „geordnete Arierisierung“ ein Wunschtraum bleiben¹⁹⁾.

Am wenigsten zufrieden war die nationalsozialistische Führung jedoch mit den Ergebnissen der Auswanderungspolitik. Bis zum Herbst 1938 hatten zum Leidwesen der interessierten Kreise nur knapp 150 000 Juden ihr Vaterland verlassen. Es bestand wenig Aussicht bei Beibehaltung dieser Entwicklung und in Anbetracht der Zurückhaltung des Auslands, jüdische Emigranten aufzunehmen, dieses Problem in kurzer Frist zu lösen²⁰⁾. Aber auch hier schufen die Ereignisse in Österreich ein Vorbild: dank der rücksichtslosen Praxis der dorthin entsandten Gestapo- und SD-Angehörigen wurden binnen weniger Monate bis zum November 50 000 Juden zur Auswanderung gezwungen. Erreicht wurde dies durch die Zentralisierung aller am Auswanderungsvorgang beteiligten Behörden, durch rücksichtslose Beschlagnahme vorhandener Vermögenswerte, wobei der dort seine Karriere als entscheidender Akteur der nationalsozialistischen Judenpolitik begründende unscheinbare Adolf Eichmann das Prinzip erfand, mit dem Vermögen wohlhabender Juden die Auswanderung der ärmeren zu finanzieren²¹⁾. Es war nur eine Frage der Zeit, bis dieses Verfahren im übrigen Reichsgebiet ein-

¹⁸⁾ München: 9. 6. 1938; für Nürnberg: Fränkische Tageszeitung, 11. 8. 1938; ferner der Bericht Dr. Max Eschelbachers (Wiener Library, Nr. 151). Für die Juni-Aktion: Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1960 (mehrere Neudrucke), S. 29.

¹⁹⁾ Für Österreich vgl. u. a. Jonny Moser, Die Judenverfolgung in Österreich 1938—1945, Wien 1966, und Herbert Rosenkranz, Reichskristallnacht, 9. XI. 1938 in Österreich, Wien 1968.

²⁰⁾ Allgemeiner Überblick: Werner Rosenstock, Exodus 1933—1939, Year Book I, Leo Baeck Institute, London 1956, S. 373 ff.

²¹⁾ IMT Bd. XXVIII, S. 532 (PS-1816).

INHALT

- I. Zur Situation der nationalsozialistischen Judenpolitik im Jahre 1938
- II. Dokumente
 - A. Dokumente zur Befehlsgebung
 - Aussage des Münchener Polizeipräsidenten
 - Himmlers Befehle
 - Heydrichs Fernschreiben
 - Das Oberste Parteigericht zur Rede des Reichspropagandaministers
 - B. Dokumente zur Durchführung des Pogroms
 - Bericht des Gauleiters Bürckel vom 18. 11. 1938 über die Ereignisse in Wien
 - Erfahrungsbericht des SD-Unterabschnitts Wien vom 18. 11. 1938
 - Aktennotiz betr. Sitzung im Gauwirtschaftsamts wegen der Vorfälle am 10. 11. 1938
 - Bericht des SD-Unterabschnitts Salzburg an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau vom 11. 11. 1938
 - Bericht des SD-Unterabschnitts Tirol an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau vom 12. 11. 1938
 - Bericht des SD-Unterabschnitts Steiermark an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau vom 23. 11. 1938
 - Urteil des Sondersenats des Obersten Parteigerichts vom 20. Januar 1939
 - Einzelfälle — Mannheim
 - Hohenzollerische Blätter, 12. November 1938
 - Waisenhaus Eßlingen
 - Bericht des SD-Unterabschnitts Württemberg-Hohenzollern für das 4. Vierteljahr 1938 vom 1. Februar 1939
 - „Aktionsjuden“ / KL-Dachau, KL-Buchenwald
 - Bericht des Sondersenats des Obersten Parteigerichts über die Vorgänge und parteigerichtlichen Verfahren, die im Zusammenhang mit den antisemitischen Kundgebungen vom 9. November stehen
 - Neue Mannheimer Zeitung, 10. November 1938
 - C. Dokumente zur wirtschaftlichen Entrechtung
 - Denkschrift des Gauleiters Streicher vom 14. April 1939
 - Bericht der Geheimen Staatspolizei über die im Gau Franken zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. Februar 1939 vorgenommenen „Arisierungen“ jüdischer Betriebe
 - Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Göring im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938
 - Die Pogromverordnungen

geführt werden würde. Daß die Radikalisierung in dieser Frage unübersehbar wurde, zeigte Ende Oktober 1938 die Ausweisung der früher polnischen Juden aus dem Reichsgebiet; ihnen hatte die polnische Regierung die Staatsangehörigkeit aberkannt, woraufhin jetzt die staatenlosen polnischen Juden vom Reich nach Polen abgeschoben wurden. Hierunter waren im übrigen auch die engsten Angehörigen des jungen Grynspan, der als Hauptmotiv für die Tat vom 7. November in Paris diesen Sachverhalt angab.

So bot die antijüdische Politik Ende Oktober 1938 das Bild einer auf vielen Gebieten gegenüber den früheren Jahren wesentlich energischer fortschreitenden Entwicklung auf dem Weg zu der angestrebten Lösung der Judenfrage. Den eigentlichen Schwerpunkt dieser Entwicklung umriß jedoch Göring am 14. Oktober 1938 auf einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, auf der die künftigen Anstrengungen der Wirtschaft für eine forcierte Aufrüstung erörtert wurden: „Er stünde vor ungeahnten Schwierigkeiten. Die Kassen seien leer, die fabrikatorischen Kapazitäten für Jahre hinaus mit Aufträgen vollgepfropft. Trotz dieser Schwierigkeiten werde er die Lage unter allen Umständen ändern. Denkschriften nützten ihm nichts, er wünsche nur positive Vorschläge. Er werde die Wirtschaft, wenn es notwendig ist, mit brutalen Mitteln umdrehen, um dieses Ziel zu erreichen... Die Judéfrage müsse jetzt mit allen Mitteln angefaßt werden, denn sie müßten aus der Wirtschaft raus. Unter allen Umständen zu unterbinden ist aber die wilde Kommissarwirtschaft, wie sie sich in Osterreich ausgebildet hat. Diese wilden Aktionen müßten aufhören und die Erledigung der Judenfrage darf nicht als ein Versorgungssystem untüchtiger Parteigenossen angesehen werden.“²²⁾

„Pogrom“ — das aus dem Russischen stammende Wort bedeutet „Verwüstung, Zerstörung, Krawall“, vor allem die, wie im Brockhaus formuliert wird, „mit Plünderung und Gewalttaten verbundene Hetze, besonders gegen die Juden“. Beispiele hierfür bot die Geschichte in reichem Maße. Die in der Nacht vom 9. zum 10. November einsetzenden Ereignisse, im allgemeinen als „Reichskristallnacht“ bezeichnet, waren das Musterbeispiel eines Pogroms. Man sollte daher diesen Vorgang auch als einen solchen bezeichnen und die oft übliche Kennzeichnung als „Kristallnacht“, die lediglich die eine Seite,

das Zerschlagen der Fensterscheiben, versinnbildlicht, nur als Fußnote verwenden.

Es wurden jedoch nicht nur Fensterscheiben eingeschlagen und Geschäfte verwüstet. Der größte Teil der Gotteshäuser einer religiösen Minderheit unseres Volkes wurde in Brand gesteckt und vernichtet. Wie im finstersten Mittelalter trat man die Türen von Wohnungen ein, zertrümmerte mit pedantischer Gründlichkeit die Einrichtungen, terrorisierte Hunderttausende, jagte sie, wenn es sich ergab, schoß einige blindlings über den Haufen oder warf einige von ihnen sogar in die Gewässer. Ein ‚Rachefeldzug‘ ohnegleichen brach über eine Minderheit herein, deren einzige Schuld darin bestand, vom Regime zur „Rasse“ und zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt worden zu sein.

Das ist in wenigen Worten der Vorgang jener Novembertage, der tiefer in der deutschen Geschichte haftet als die viel bejubelten Revisionen der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges oder die Lösung des Arbeitslosenproblems.“

Die im folgenden abgedruckten, fast ausschließlich nationalsozialistischen Quellen entstammenden Dokumente geben vielfältigen Aufschluß über den Ablauf und die unmittelbaren Folgen des Pogroms. Festzuhalten ist vor allem, daß es ein *Partei pogrom* war. Auch die noch so häufige Wiederholung von der Rache der „kochenden Volksseele“ konnte schon damals — wie aus den Dokumenten hervorgeht — kaum darüber hinwegtäuschen, daß ein allein von den Parteiorganisationen organisierter „Feldzug“ inszeniert worden war, während „das Volk“ am unmittelbaren Geschehen im wesentlichen unbeteiligt blieb. Für einige Tausend (nimmt man alles zusammen) befehlshöriger, aber auch von ihrem Tun überzeugter und fanatisierter Angehöriger der NSDAP, der SA, SS usw. bot sich hier die Gelegenheit, nicht nur Befehle auszuführen, sondern auch alte Erinnerungen an eine glorifizierte „Kampfzeit“ von vor 1933 aufzufrischen. Der Vorgang erinnert aber auch an die Beschreibung, die der Untersuchungsbericht der Geheimen Staatspolizei über das Verhalten des Gauleiters Streicher gab: „Gauleiter Streicher liebt es, Menschen mit der Reitpeitsche zu verprügeln, vorausgesetzt, daß er sich in Begleitung mehrerer ihm helfender Personen befindet.“²³⁾

Andererseits decken die Dokumente aber ebenso die Verlegenheit auf, in die die nationalsozialistische Führung angesichts des Ver-

²²⁾ IMT Bd. XXVII, S. 161 ff. (PS-1301).

²³⁾ IMT Bd. XXVII, S. 148 f., PS-1757.

stoßes gegen die von ihr angeblich repräsentierte „Ruhe und Ordnung“ durch den schnell außer Kontrolle geratenden Pogrom geriet, als auch die Nutzenwendung, die sie aus nun einmal eingetretenen Vorgängen zog: 1. Die rasche Verwirklichung der schon im Laufe des Jahres angelegten Entwicklung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. 2. Der sich daran anschließende Zugriff auf das jüdische Vermögen. 3. Der durch die vorübergehende Verhaftung von nahezu 30 000 Menschen (für das Konzentrationslager Sachsenhausen schätzte man die Zahl der Eingelieferten auf etwa 10 000, während für Buchenwald und Dachau die genauen Zahlen vorliegen) ausgeübte Auswanderungsdruck:

Die Entlassung der Häftlinge wurde zum größten Teil von der Vorlage der Auswanderungspapiere abhängig gemacht. Insofern war der Pogrom ein willkommener Anlaß, den einmal eingeschlagenen Weg mit größerer Schnelligkeit fortzusetzen^{23a)}.

Nutznießler der Ereignisse war aber auch die Sicherheitspolizei unter Heydrich. Göring, nunmehr endgültig mit der Koordination aller anti-jüdischen Maßnahmen betraut, delegierte die entscheidenden Befugnisse auf Heydrich. Alle wichtigen Vorgänge auf dem Weg zur „Endlösung der Judenfrage“ trugen daher seit 1939 im wesentlichen dessen Handschrift und die seines Vorgesetzten Heinrich Himmler.

II. Dokumente

A. Dokumente zur Befehlsgebung

Aussage des Münchener Polizeipräsidenten

RA. Pelckmann: Herr Zeuge! Wo waren Sie am 9. November 1938?

Von Eberstein: Am 9. November 1938 war ich in München.

RA. Pelckmann: Welche Dienststellung hatten Sie damals in der Allgemeinen SS?

Von Eberstein: Ich war in der Allgemeinen SS SS-Obergruppenführer und Führer des SS-Oberabschnitts Süd, außerdem Polizeipräsident von München.

RA. Pelckmann: Schildern Sie bitte, wie Sie zuerst von Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte in dieser Nacht Kenntnis erhielten.

Von Eberstein: Ich habe an diesem Tag, wie das meiner dienstlichen Pflicht oblag, Hitler begleiten müssen zu dem Treffen der alten Kämpfer im alten Rathaussaal. Dort wurde Hitler mitgeteilt, daß der Gesandtschaftsrat vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei.

Hitler war dadurch stärkstens beeindruckt und lehnte es ab zu sprechen, was er sonst immer tat. Er hatte während dieses Essens eine außerordentlich eindringliche Unterredung mit Goebbels. Was gesprochen wurde, konnte ich nicht verstehen. Hitler ist kurz darauf in seine Wohnung gefahren, wohin ich ihn auf Grund meiner dienstlichen Bestimmungen begleiten mußte. Im Anschluß daran hatte ich die Sicherheits- und Absperrmaßnahmen auf dem Odeonsplatz verantwortlich zu leiten. Es fand jedes Jahr in der Nacht vom 9. auf 10. November dort die Vereidigung der neuen Rekruten der Waffen-SS statt. Als ich dorthin kam, auf den Odeonsplatz, wurde mir gemeldet, daß eine Synagoge brenne und die Feuerwehr dort behindert würde.

Kurz darauf erhielt ich einen Telefonanruf durch den Landrat München, der mir mitteilte, daß das dem jüdischen Baron Hirsch gehörige Schloß Planegg an der Stadtgrenze Münchens von unbekanntem Tätern angezündet sei. Die Gendarmerie bittet um Hilfe. Zeitlich war dies etwa um 23.45 Uhr. Um 24.00 Uhr kam Hitler zu der Vereidigung. Da ich meinen Platz nicht verlassen konnte, schickte ich den nächsthöheren SS-Führer, Brigadeführer Diehm, zu der Synagoge, um dort Ordnung zu schaffen. Außerdem entsandte ich ein Überfallkommando der Polizei, unter einem Offi-

^{23a)} Vgl. auch: Siegfried Neumann, Vom Kaiserhoch zur Austreibung. Aufzeichnungen aus dem Leben eines jüdischen Rechtsanwalts, Band 129 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1978; eine Buchhandelsausgabe unter dem Titel „Nacht über Deutschland. Vom Leben und Sterben einer Republik“ besorgte der Paul List-Verlag, München 1978.

zier, nach Planegg mit dem Auftrag, die Täter zu stellen und das Feuer ablöschen zu lassen. Unmittelbar nach dem Appell, nach dieser Vereidigung, war ich wie alle anderen höheren SS-Führer zu Himmler befohlen. Dort in dem Hotel unterrichtete mich der Stellvertretende Gauleiter Niepolt, daß im Anschluß an den Abgang Hitlers aus dem Rathaussaal Goebbels eine wüste Hetzrede gegen die Juden gehalten hätte. Infolgedessen sei es zu erheblichen Ausschreitungen in der Stadt gekommen. Ich fuhr sofort mit dem Kraftwagen durch die Stadt, um mir einen Überblick zu verschaffen. Ich traf eingeschlagene Schaufenster an, einige Geschäfte brannten. Ich habe zunächst selbst sofort eingegriffen und habe dann alle verfügbaren Polizeikräfte auf die Straße geworfen mit dem Auftrag, die jüdischen Geschäfte bis auf weiteres unter Schutz zu stellen. Außerdem habe ich im Zusammenwirken mit einer städtischen Dienststelle Münchens dafür gesorgt, daß die Schaufenster vernagelt wurden, um Diebstähle und dergleichen zu verhindern.

(Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, (IMT) Bd. XX, S. 320 f.)

Himmlers Befehle

Eidesstattliche Erklärung

Zur Person: Schallermeier, Luipold, SS-Hauptsturmführer der Waffen-SS, geb. am 12. 3. 1911 in München, geschieden, 1 Kind, Kriegsteilnehmer 1939—45. Wohnhaft in Wiessee/Obb., Seestraße 18. Mitglied der NSDAP und SS seit Mai 1933.

Zur Sache: Ich war vom 27. 12. 1933 bis 15. 12. 1939 im Persönlichen Stab des Reichsführers-SS persönlicher Referent des SS-Gruppenführers Wolff in dessen Eigenschaft als Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, Heinrich Himmler.

Am Abend des 9. November 1938 rief gegen 23.15 Uhr der Führer vom Dienst der Staatspolizeileitstelle München im Hotel Vier Jahreszeiten an und meldete dem Gruppenführer Heydrich, mit dem Gruppenführer Wolff, Hauptsturmführer Hajo von Hadeln, Hauptsturmführer Dr. Brandt und ich zusammen waren, daß die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern einen Befehl über den Ausbruch der sogenannten „Judenpogrome“ durchgegeben habe, wonach sich die Staatspolizei in die Aktion nicht hindernd einmi-

schen dürfe. Der Führer vom Dienst fragte an, welche Befehle Gruppenführer Heydrich in seiner Eigenschaft als Chef der Sicherheitspolizei erteile. Gruppenführer Heydrich erklärte, daß er ihn — den Führer vom Dienst — wieder anrufen werde. Heydrich und Wolff wußten von dieser Aktion nichts. Gruppenführer Wolff fuhr daraufhin sofort zu den in der Führerwohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße sich beim Führer aufhaltenden Reichsführer-SS Himmler, um ihm den Sachverhalt vorzutragen. Gegen 1.00 Uhr traf der Reichsführer-SS im Hotel Vier Jahreszeiten ein und gab dem Gruppenführer Heydrich folgenden Befehl für alle Staatspolizei-Leitstellen: „Die Staatspolizei-Leitstellen haben sich nach den Wünschen der Propaganda-Ämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für den Schutz der Personen und Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen.“ Der Reichsführer-SS betonte des weiteren in diesem Befehl, daß die Gaupropaganda-Ämter federführend in dieser Aktion seien und daß die Staatspolizeistellen nur Schutzaufgaben wahrzunehmen hätten. Gegen Plünderer solle nachdrücklichst und unnachsichtlich eingeschritten werden. Bei Synagogenbränden sei dafür Sorge zu tragen, daß die umliegenden Gebäude durch die Feuerwehr unbedingt zu schützen seien. Die zum kirchlichen Ritus verwendeten Gegenstände und Geräte seien sicherzustellen. Diesen Befehl des Reichsführers-SS an Gruppenführer Heydrich hat Hauptsturmführer Dr. Brandt stenografisch niedergelegt und nach Diktat des Gruppenführers Heydrich an die Fernschreibstelle der Staatspolizei-Leitstelle München sofort telefonisch zur Weitergabe an alle Staatspolizei-Leitstellen des Reiches im Sammelschreibverkehr durchgegeben.

Im Anschluß daran berief der Reichsführer-SS die im Hotel Vier Jahreszeiten anläßlich der Feier des 9. November wohnenden SS-Oberabschnittsführer der Allgemeinen-SS in sein Hotel-Appartement. Auch sie wurden von ihm in meiner Gegenwart von diesem Befehl verständigt. Die Oberabschnittsführer telefonierten anschließend in der Zeit von etwa 1.30 bis 2.30 Uhr aus meinem Zimmer mit ihren Heimatdienststellen. Diese Gespräche habe ich selbst als Blitzgespräche angemeldet und mitgehört. Von den Oberabschnittsführern wurde die telefonische Anweisung an die Allgemeine SS gegeben, im Bedarfsfalle die Staatspolizeistellen beim Schutz jüdischer Personen und bei der Sicherung der jüdischen Objekte gegen Plünderung aller Art zu unter-

stützen. Gegen 3.00 Uhr des 10. November diktierte mir der Reichsführer-SS in meinem Zimmer eine Niederschrift folgenden Inhalts:

„Ich bin am 9. 11. beim Führer gewesen, als gegen 23.30 Uhr der Gruppenführer Wolff zu mir kam und mich von den Befehlen des Gaupropaganda-Amtes München unterrichtete. Ich habe den Führer befragt, welche Befehle er für mich habe. Der Führer antwortete mir, daß sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen. Die in den Standorten verbleibende Allgemeine SS solle nur, wenn erforderlich, zu Schutzmaßnahmen herangezogen werden. Ich habe diesen Führerbefehl dem Gruppenführer Heydrich für die Staatspolizeistellen und den Oberabschnittsführern für die Allgemeine SS sofort bekanntgegeben. Als ich den Führer fragte, hatte ich den Eindruck, daß er von den Vorgängen nichts wußte. Der Befehl kommt von der Reichspropaganda-Leitung und ich vermute, daß Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenem Machtbestreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.“

Dieses Diktat mußte ich persönlich in die Maschine schreiben. Der Reichsführer-SS unterschrieb die Niederschrift, steckte sie in einen Umschlag und versiegelte den Umschlag mit seinem Siegelring. Nach Rückkehr nach Berlin übergab ich dem Reichsführer-SS diesen versiegelten Brief, den er in meiner Gegenwart in seinem Panzerschrank einschloß.

(IMT Bd. XLII, S. 510 ff., Affidavit SS (A)-5)

Heydrichs Fernschreiben

Abschrift des Blitz-Fernschreibens aus München vom 10. 11. 38, 1 Uhr 20.

An alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen.

An alle SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte

Dringend! Sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter vorlegen!

Betr.: Maßnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht.

Aufgrund des Attentats gegen den Leg. Sekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht — 9. auf 10. 11. 1938 — im

ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

1) Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen — Gauleitung oder Kreisleitung — fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Maßnahmen der politischen Leitungen zweckmäßig anzupassen wären:

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist).

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.

c) In Geschäftsstraßen ist besonders darauf zu achten, daß nichtjüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.

d) Ausländische Staatsangehörige dürfen — auch wenn sie Juden sind — nicht belästigt werden.

2) Unter der Voraussetzung, daß die unter 1) angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen.

3) Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch wertvolle Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.

4) Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der Demonstrationen

gegen Juden liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspekture der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen können Beamte der Kriminalpolizei sowie Angehörige des SD, der Verfügungstruppe und der allgemeinen SS zugezogen werden.

5) Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden — insbesondere wohlhabende — festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die aufgrund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht mißhandelt werden.

6) Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspekture und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, daß der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei diese polizeiliche Maßnahme angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschließlich der Feuerlöschpolizei entsprechende Weisungen erteilt. In der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren. Der Empfang dieses Fernschreibens ist von den Stapoleitern oder deren Stellvertretern durch FS an das Geheime Staatspolizeiamt — z. Hd. SS-Standartenführer Müller — zu bestätigen.

gez. Heydrich, SS-Gruppenführer
Berlin, den 10. 11. 1938

Fernschreiben (Blitz)

- 1) an alle Staatspolizei(leit)stellen und Staatspolizeistellen.
- 2) an alle SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte.

Dringend sofort vorlegen!

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden.

Im Nachgang zu meinem Befehl von heute Nacht weise ich ausdrücklich darauf hin, daß

Plünderungen unter allen Umständen durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern sind.

Plünderer sind vorl. festzunehmen. Nähere Weisung ist von mir einzuholen. Das Reichsjustizministerium hat sämtliche Generalstaatsanwälte angewiesen, die Strafanstalten den Staatspolizei(leit)stellen zur Unterbringung festgenommener Juden zur Verfügung zu stellen.

Weiter ersucht das Reichsjustizministerium, zunächst in keinem Fall Haftbefehle gegen Personen zu beantragen, die etwa im Zuge der Aktionen festgenommen worden sind.

Schließlich hat das Reichsjustizministerium die Staatsanwälte angewiesen, keine Ermittlungen in Angelegenheiten der Judenaktionen vorzunehmen.

Dies dient lediglich zur dortigen Information.

Der Chef der Sicherheitspolizei
gez. Heydrich

(IMT Bd. XXXI, S. 515 ff., PS-3051)

Das Oberste Parteigericht zur Rede des Reichspropagandaministers

Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, daß es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten... Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen anwesenden Parteiführern so verstanden worden, daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort — also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens — von einem großen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben...

(IMT Bd. XXXII, S. 20 ff., PS-3063)

B. Dokumente zur Durchführung des Pogroms

Bericht des Gauleiters Bürckel vom 18. 11. 1938 über die Ereignisse in Wien

Sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall!

Die Vorkommnisse in Wien, die in der Nacht vom 9. auf 10. 11. eingeleitet wurden, sind seit Dienstag abend völlig beendet.

Im wesentlichen war der Hergang der folgenden: Ein Erlaß des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels, vor allem aber dessen Rede ... in München leiteten die sogenannten Unternehmungen ein. Wenn auch die Aufforderung etwas verschleiert war, so konnte ein anderer Schluß aus dem Erlaß nicht gezogen werden, denn es hieß darin: „Die Feuerwehr ist zu verständigen.“ Diese Anordnung ging nicht etwa in erster Linie an die Gauleiter, sondern die Gliederungen wurden zuerst verständigt, so daß es gar nicht in der Macht des Gauleiters lag, da und dort Gegenmaßnahmen zu treffen. Darüber hinaus gab es noch einzelne Befehle, die weiter gingen wie die Aufforderung von Dr. Goebbels. Hier in Wien hat man sogar in vielen Fällen morgens die Schulen geschlossen, damit die Jugend „anordnungsgemäß“ sich an den Demonstrationen beteiligen konnte. Wie es in solchen Fällen immer ist, gewannen sehr bald die rabiaten Elemente die Überhand. Es brannte an 40 Stellen. Um die Mittagsstunde teilte der Oberbürgermeister mit, daß seine Feuerwehr nicht mehr Herr der Situation ist. Gleichzeitig begannen auch die Tumulte gegen die jüdischen Geschäfte. Das war der Auftakt, man kann sagen für den Tag und die Nacht der langen Finger. Wie verhielt sich nun die Partei in dieser Situation und zwar die politischen Leiter. Herr Feldmarschall, ich kann versichern, daß ich nach gründlichster Untersuchung heute feststellen muß, daß die politischen Leiter und zwar der Gauleiter und seine Kreisleiter das Verdienst haben, daß in Wien das Chaos überhaupt verhindert wurde. Unmengen von weggenommenen Waren, vor allem Schmuck und Wertsachen, wurden durch die Kreisleiter sofort sichergestellt und werden zur Zeit inventarisiert. Gold, Silber und Wertsachen lasse ich heute in einen Banktresor bringen. An eine Rückgabe der den Juden abgenommenen Gegenstände kann nicht gedacht werden, weil man ihre ursprünglichen Besitzer nicht kennt und zum anderen auch die Juden in diesem Fall die unerhörtesten verlogenen Angaben machen. Ich bin also gezwungen, Herr Feld-

marschall, einen ausnehmend hohen Wertschatz sicherzustellen. Die übrigen Gegenstände und Waren werden aufgenommen und vor Weihnachten dem Handel zum Einkaufspreis überlassen, da ohnedies auf Grund unserer Gebietsschutzmaßnahmen eine Warenverknappung auftritt. . .

(PS-2237 — ungedr. — Bürckel hatte sich bereits am 11. 11. 1938 in der gleichen Angelegenheit an Hitler oder Heß gewandt, denn am 13. 11. 1938 antwortete ihm Bormann: „Auf Ihr Schreiben vom 11. 11. 1938 ... erwidere ich Ihnen, daß die von Ihnen genannten Weisungen vom Führer ausgingen. Damit von der erregten Volksmenge keinesfalls Synagogen und andere Judenhäuser, deren Brand zweifellos auf andere daneben liegende Gebäude übergegriffen hätte, in Brand gesteckt wurden, erging am 10. 11. früh morgens das Fernschreiben vom Stab des Stellvertreters des Führers.“)

Erfahrungsbericht des SD-Unterabschnitts Wien vom 18. 11. 1938.

Die Aktionen sind in Wien durch die Weisungen von den vorgesetzten Dienststellen, die die Polizei erhielt, in die Wege geleitet worden. Der erste dieser Befehle langte am 9. 11. um 23 Uhr bei den Polizeiamtären ein, aber auch die Dienststellen der Partei, die Kreise und Ortsgruppen erhielten diesbezügliche Weisungen.

Am 10. 11. um 4 Uhr morgens bekamen die Polizeiamtären den Auftrag, wohlhabende Juden zu verhaften, sie aus größeren Wohnungen zu entfernen und die Angehörigen in kleineren Wohnungen unterzubringen, ferner jüdische Geschäfte zu sperren und zu versiegeln. Zur selben Zeit erhielten die Einheiten der allgemeinen SS und die SS Verfügungstruppe den Befehl, in jüdische Tempel und Bethäuser einzudringen und sie zu demolieren. Die Gauleitung Wien gab an die Kreisleitungen bezügl. der Judenaktionen einen Befehl, dessen wichtigste Punkte waren: 1. Uniformverbot. 2. Strengstes Verbot bezgl. Plünderungen. 3. Brandstiftungen sind verboten.

In Niederdonau kam die Aktion in erster Linie durch die Weisungen der allgemeinen SS zustande. Die 52. SS Standarte in Krems erhielt am 10. 11. um 4 Uhr früh von Wien den telefonischen Auftrag, den Juden die Fensterscheiben und die Türen einzuschlagen. Die SA-Standarten erhielten durch einen SA-Gruppenbefehl Auftrag. Dieser lautete sinngemäß: Am 10. 11. finden Aktionen gegen die

Juden statt, die im allgemeinen mit der Kreisleitung durchzuführen sind. Diese Weisung hat naturgemäß jeder Auslegung freiesten Raum gelassen.

Der SD-Unterabschnitt Wien erhielt die 1. Verständigung durch die Außenstellen. Von seiten der vorgesetzten Dienststelle kam keinerlei offizielle Verständigung. Am 10. 11. um 10 Uhr vormittags kam der Führer des SD-Unterabschnitts Wien, SS-Hauptsturmführer Trittnier, von der Tagung der Sicherheitspolizei aus München zurück, wodurch der SD-UA *) offiziell Kenntnis erhielt.

Trotzdem aber waren die SD-Außenstellen und ein Sonderkommando vom SD-Unterabschnitt schon vor 7 Uhr morgens damit beschäftigt, die sinnlose Zerstörungen der Möbel und Vernichtung des SD wichtigen Materials hintanzuhalten. Bereits in den frühen Vormittagsstunden wurde seitens des SD-Unterabschnitts Wien versucht, mit der Gestapo sowie den Parteistellen Fühlung wegen der gedeihlichen Zusammenarbeit bei den Aktionen zu nehmen, dies war jedoch infolge der Arbeitsüberlastung bei diesen Stellen nicht immer möglich. Es gelang dem SD, verschiedene Schriften und Bücher, sowie Einrichtungsgegenstände vor der Vernichtung zu retten. Ferner konnten in verschiedenen Fällen Plünderungen verhindert werden.

Die Zerstörung der Tempel und Bethäuser erfolgte in Wien in den meisten Fällen durch Werfen von Handgranaten im Innern der Tempel und durch Anzünden des Mobiliars derselben.

Bei Geschäften wurden etwas solidere Methoden angewandt. In den jüdischen Wohnungen aber kam es verschiedentlich zu sinnlosen Zerstörungen von Einrichtungsgegenständen usw.

Die Ortsgruppenleiter, die mit Hilfe ihrer Mitarbeiter die Beschlagnahmungen durchführten, befolgten teilweise strikte die Weisungen der Kreisleitungen, teils handelten sie nach eigenem Ermessen und ließen die Judengeschäfte ausräumen, wobei es mitunter zu unkontrollierbaren Verteilungen von Sachwerten kam.

Die größeren Aktionen, nämlich die gegen die Tempel und Bethäuser, wurden fast ausschließlich durch die SS durchgeführt. Auf besonders gute Tarnung legte man scheinbar keinen besonderen Wert. Der unbefangene

*) SD-UA = SD-Unterabschnitt.

Beobachter hatte sofort den Eindruck, daß es sich hier um anbefohlene und organisierte Aktionen handelte.

Die Aktion gegen die Geschäfte und Wohnungen wurde in der Hauptsache von politischen Leitern und SA-Angehörigen durchgeführt, wobei auch die allgemeine SS im Einvernehmen mit den Parteidienststellen vorging. In einigen Bezirken beteiligte sich vereinzelt auch die HJ, welche meistens in roher Weise gegen die Juden vorging, was allgemein sehr ungünstig aufgenommen wurde.

Bei den Tempelzerstörungen war im großen und ganzen ein diszipliniertes Vorgehen festzustellen, wie überhaupt die SS strenge ihre Weisungen durchführte. In einigen Fällen wirkte sich dies derart aus, daß SS-Angehörige politische Leiter mit vorgehaltener Schußwaffe von Requirierungen und sonstigen Übergriffen zurückhielten.

Die Aktionen gegen Wohnungen und Geschäfte wären disziplinierter durchzuführen gewesen, in vielen Fällen wurde sinnlos zerstört und auch geplündert, bzw. bei den Transporten gestohlen.

In einigen Bezirken ließen die Ortsgruppenleiter die Wohnungen räumen und lagerten die Waren und Einrichtungsgegenstände bei den NSV-Stellen, nach vorheriger Inventuraufnahme, ein.

Jedenfalls würden überraschende Haussuchungen in den SA- und NSKK-Heimen und bei deren Führern Erstaunliches an den Tag bringen. Diese Konfiskationen und sinnlosen Zerstörungen riefen naturgemäß bei der Bevölkerung schärfste Ablehnung hervor.

Die Behandlung der Juden war zum Großteil eine sehr harte und artete meistens in brutale Züchtigungen aus.

Das allgemeine Bekanntwerden dieser Einzelheiten wirkte auf die allgemeine Stimmung drückend, wodurch auch die anfängliche günstige Aufnahme der Gesamtkaktion gegenwärtig in Mitleidenschaft gezogen wird. In Wien wurden ungefähr 4038 Geschäfte gesperrt. Im Kreis 1 allein wurden 1950 Judenwohnungen ausgeräumt.

In Niederdonau wurden ähnliche Aktionen durchgeführt, doch konnten Plünderungen verhindert werden, da die Überwachung leichter ist als in Wien. Nur aus dem Kreise Lilienfeld wurden Übergriffe gemeldet, welche sich bei der dortigen Bevölkerung stimmungsmäßig schlecht auswirken. Von den

Vorfällen in Wien, insbesondere von den Plünderungen, ist in Niederdonau fast nichts bekannt, so daß die Stimmung dort besser ist als in Wien . . .

Die Durchführung der Aktion lediglich durch die SS hätte den Vorteil gehabt, daß in weitgehendstem Maße die Disziplin gewahrt worden wäre. Bei kommenden ähnlichen Anlässen wäre es sehr wichtig, den verschiedenen Rollkommandos SD-Angehörige mitzugeben, welche die Aufgabe hätten, SD wichtiges Material usw. vor der Zerstörung zu retten . . .

Der Führer des SD-Unterabschnittes Wien m. d. F. b. Trittnr, SS-Hauptsturmführer.

(Für diesen und die folgenden SD-Berichte: Archiv Yad Vashem, Jerusalem, 0-5/23-1 ff.; vgl. auch die „Tagesrapporte“ der Staatspolizeistelle Wien im Bundesarchiv, R 58/1081. Zahlreiche weitere Hinweise zum Geschehen in Österreich enthält: Herbert Rosenkranz, Reichskristallnacht — 9. November 1938 in Österreich, Wien 1968)

Aktennotiz betr. Sitzung im Gauwirtschaftsamt wegen der Vorfälle am 10. 11. 1938 (Auszug)

... Über die stimmungsmäßige Auswirkung der Aktion herrschte unter den Teilnehmern nur eine Meinung: Ablehnung und Erschütterung über die Tatsache, daß bei der Durchführung Skandalszenen vorgefallen sind, die das Ansehen der Partei und des Reiches aufs schwerste schädigen. So haben u. a. zwei Hoheitsträger erklärt, daß, wenn es heute eine andere Partei im Reiche geben würde, es Pflicht eines jeden anständigen Menschen sei, diese andere Partei zu unterstützen. Die Versammelten gaben einmütig ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß Pogrome und Vandalismus nicht die Mittel sind, um die Judenfrage zu lösen, und daß Schändungen, Raub und Plünderung in der Bevölkerung und in weiten Kreisen der Parteigenossenschaft nur Abscheu hervorgerufen hat. In der Sitzung wurde festgestellt, daß in letzter Zeit überhaupt seitens der Politischen Leitung in rohester Form in das Wirtschaftsleben eingegriffen wird, daß die Kreisleiter herumfuhrwerken und nicht imstande sind, zu übersehen, welches Unheil sie anrichten . . . Die Teilnehmer der Sitzung beurteilen die Aktion und die Ausschreitungen dahin gehend, daß eine Richtung zum Durchbruch gekommen ist, die unter Abkehr bisher gepredigter Grundsätze eine Politik betreibt, die von den Gegnern mit Vergnügen beobachtet wird. Die Entfesselung niedrigster Instinkte, die Anzettelung ei-

nes Aufruhrs, bei dem kommunistischer Mob in hervorragendem Maße beteiligt war, untergräbt die Staatsautorität und kann sich jederzeit auch anders auswirken.

Offiziell wird bekannt, daß die Zahl der Selbstmorde 680 ist, daß schwerste Mißhandlungen und in Linz öffentliche Schändungen vorgenommen wurden.

gez. Seliger, SS-Hauptscharführer.

(Yad Vashem, a. a. O.)

Bericht des SD-Unterabschnittes Salzburg an den SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau vom 11. 11. 1938 (Auszug)

... Stimmungsmäßig muß folgendes festgestellt werden: Infolge der mangelnden Propaganda und der geringen Anzahl von Zeitungslesern und Radiohörern waren weite Teile der Bevölkerung nicht einmal über das Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär vom Rath bzw. dessen Ableben unterrichtet. Bei der Aktion gegen die Juden war infolgedessen die Bevölkerung in keiner Weise beteiligt. Die Durchführung erfolgte lediglich von Formationsangehörigen, die von ihren Vorgesetzten dazu befohlen wurden. Es ist unrichtig, wenn in den Zeitungen von einer spontanen Volksbewegung gesprochen wird, derartige Nachrichten nimmt die Bevölkerung mit einem leisen Lächeln auf.

Während die vorgenommenen Verhaftungen in weiten, auch n.s. gegnerischen Kreisen begrüßt werden und auf Verständnis stoßen, wird die Zerstörung der jüdischen Geschäfte mit dem Hinweis darauf, daß es sich dabei um Vernichtung deutschen Volksvermögens handelt, abgelehnt. Von gegnerischer Seite wird dabei auf dem Wege der Flüsterpropaganda das Argument geltend gemacht, daß kürzlich die Franziskaner, als sie fast wertloses Gerümpel bei der Räumung des Klosters aus den Fenstern auf die Straße warfen, wegen Zerstörung von Volksvermögen bestraft wurden und jetzt machen die Nationalsozialisten sinngemäß dasselbe und es wird von der Polizei geduldet. Die Einrichtung der Salzburger Synagoge ist restlos zerstört. Das in den Büroräumen der isr. Kultusgemeinde vorgefundene Aktenmaterial wurde zur Sichtung der hies. Dienststelle übergeben . . .

Der Führer des SD-Unterabschnittes Salzburg, Persterer, SS-Obersturmführer.

(Yad Vashem, a. a. O.)

Bericht des SD-Unterabschnitts Tirol an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau vom 12. 11. 1938

In der Nacht vom 9. auf 10. ds. Mts. wurde von Seiten der Bevölkerung schlagartig eine Aktion gegen die Juden Innsbrucks unternommen. Im Verlaufe dieser Aktion wurden die Wohnungen aller noch nicht ausgewanderter Juden schwer beschädigt. Falls Juden bei der Aktion keinen Schaden erlitten haben, dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß sie übersehen wurden. Zu Plünderungen ist es nirgends gekommen. In 2 Fällen wurde das Eigentum von Ariern zerstört: in einem Fall aus Unkenntnis über die Abstammung des Wohnungsinhabers, im andern Fall war die Wohnung vor kürzerer Zeit in arische Hände gelangt.

Auch die Synagoge wurde zertrümmert. Darüber wurde in der Gaupresse berichtet.

Abschließend liegt folgendes Ergebnis vor: Es wurden bis jetzt 3 Juden getötet. Es sind dies Richard Gräubart, Karl Bauer und Richard Berger, der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde. Wilhelm Bauer liegt mit schweren Kopfverletzungen im Spital; die Ärzte zweifeln an seinem Aufkommen.

Außerdem wurden insgesamt 18 Juden festgenommen. Es handelt sich vorwiegend um arbeitsfähige Personen. Nahezu alle von ihnen waren verletzt, jedoch nur einer auf schwere Art.

Das Ehepaar Popper wurde nach Zerstörung ihrer Wohnung in die Sill geworfen; es konnte sich jedoch ans Ufer retten. Der Mann befindet sich unter den Inhaftierten.

Die Wohnung eines Juden befand sich im selben Hause, in dem auch der italienische Konsul wohnt. Dieser war anfangs sehr empört, daß die Leute durch das Schlafzimmerfenster seiner Frau eingestiegen waren, um in die Wohnung des Juden zu gelangen. Nach Aufklärung des Sachverhaltes war er jedoch sofort beruhigt.

In einigen Teilen der Bevölkerung ist man der Meinung, daß es sich bei den Urhebern um Provokateure handelt. In manchen Kreisen glaubte man, daß es sich um Kommunisten handle. In liberalen Kreisen der Bevölkerung, sowie auch bei den Klerikalen äußerte man sich erwartungsgemäß gegen die Art und Weise des Vorgehens.

Irgendwelche Aktionen gegen Juden auf dem Lande konnten nicht festgestellt werden. Dies

hat seinen Grund darin, daß die Anzahl der Juden auf dem Lande, besonders in Vorarlberg, eine äußerst geringe ist. Die näheren Einzelheiten der ganzen Aktion sind unter der Bevölkerung noch nicht bekannt. Daher gehen auch viele unsinnige Gerüchte herum. Unter den Nationalsozialisten wurde die Mitteilung von diesen Aktionen, sowie die Ankündigung noch zu erwartender Gesetze einmütig mit großer Genugtuung aufgenommen.

Der Führer des SD-Unterabschnitts Tirol

(Yad Vashem, a. a. O.)

Bericht des SD-Unterabschnitts Steiermark an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau vom 23. 11. 1938 (Auszug)

... Wirtschaftliche ungünstige Folgen und besondere Schäden sind im Zusammenhang mit der Aktion für Steiermark nicht festzustellen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß, im allgemeinen gesehen, die Juden aus dem Wirtschaftsleben bereits vollkommen ausgeschaltet sind. Für die Entfernung der Juden aus dem gesamten Gaugebiet sind aber an sich die Aktionen nicht besonders günstig. Es muß festgestellt werden, daß durch sie manche Grundlagen für die Auswanderung der Juden vernichtet wurden, die nun erst mühsam beschafft werden müssen. Die seinerzeitigen Anordnungen des Obersturmführers Eichmann hätten gewährleistet, daß mit 31. 12. auf dem Gebiet des Gaues Steiermark kein Jude mehr anwesend gewesen wäre, ob dies auch jetzt noch durchführbar sein wird, zumal die Sammelaktion Ansiedlung von 600 Juden in Palästina eine Verschiebung erfahren hat, ist fraglich.

Die Aktionen wurden in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung und der Jugend zustimmend aufgenommen. Immerhin fanden sie einige Kritik. Ursache hierfür sind die körperlichen Züchtigungen und insbesondere das Niederbrennen der Zeremonienhalle. Seitens der hiesigen Dienststelle muß bemerkt werden, daß das Unterbleiben der Aktionen sowohl stimmungsmäßig als auch sachlich im Gebiet der Steiermark sicher besser gewesen wäre als ihre Durchführung. Die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Juden haben jedenfalls ein viel besseres Echo gefunden als die Zerstörungen. Ferner muß ausdrücklich noch einmal festgestellt werden, daß sowohl der SD als die Geheime Staatspolizei zu spät in Kenntnis gesetzt wurden von der Absicht

solcher Demonstrationen, das andere Parteidienststellen zuverlässlich früher davon Kenntnis hatten. Sehr ungünstig machte sich auch bei solchen Gelegenheiten der Einsatz der SA bemerkbar, die anscheinend auf gewisse Rivalität zurückzuführen ist, aber dafür meist um so störender wirkt. Aufnahmen werden nachgereicht.

Der Führer des SD-Unterabschnittes Steiermark

(Yad Vashem, a. a. O.).

Urteil des Sonderensatzes des Obersten Parteigerichts in Sachen des SA-Scharführers und Pg. August Frühling in Lesum und des SA-Rottenführers Bruno Mahlstedt vom 20. Januar 1939 (Auszug)

... Für Recht erkannt: Das Verfahren wird eingestellt.

Begründung: In der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1938 wurden in Lesum bzw. Platjenwerbe das jüdische Ehepaar Goldberg und der jüdische Elektriker Sinasohn in ihren Wohnungen erschossen. Sinasohn wurde nach der Erschießung vergraben ... Die Ausführenden waren im Falle Goldberg der SA-Scharführer Frühling, im Falle Sinasohn der SA-Rottenführer Mahlstedt. Beide legten, zur Verantwortung gezogen, dar, über den Obersturmführer Jahns bzw. den Obertruppführer Harder von dem Sturmhauptführer Köster den Befehl zur Erschießung der Juden Goldberg und Sinasohn und zur Beiseiteschaffung des Sinasohn empfangen zu haben ...

Sturmhauptführer Köster, Bürgermeister der Stadt Lesum, wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 um etwa 1/2 4 Uhr durch das Telefon geweckt. Sein Hausmeister, der ihn angerufen, teilte ihm mit, daß die Standarte 411 ihn zu sprechen wünsche. Auf der Standarte meldete sich ein Truppführer Seggermann. Es entwickelte sich folgendes Gespräch: „Hier Standarte 411. Am Telefon Truppführer Seggermann. Haben Sie schon Befehl?“ Köster: „Nein“. Seggermann: „Großalarm der SA in ganz Deutschland. Vergeltungsmaßnahmen für den Tod von vom Rath. Wenn der Abend kommt, darf es keine Juden mehr in Deutschland geben. Auch die Judengeschäfte sind zu vernichten. Sturmbannführer Roeschmann ist zu benachrichtigen.“ Köster hat den ganzen Befehl wiederholt und, überrascht durch den Inhalt des Mitgeteilten, nach der Wiederholung des Befehls noch einmal gefragt: „Was soll denn

tatsächlich mit den Juden geschehen?“, worauf ihm von Seggermann die Antwort (gegeben) wurde: „Vernichten!“ Auf die weitere Frage von Köster, ob Sturmbannführer Roeschmann sich noch eine Bestätigung des Befehls holen solle, gab Seggermann die weitere Antwort: „Nein, handeln!“

Köster begab sich darauf zu dem Haus von Roeschmann ... Wegen der Bedeutung des Befehls wurden beide sich einig, sich eine Bestätigung bei der Gruppe zu holen ... Dort meldete sich ... der Stumführer vom Dienst Gross. Roeschmann, der den erhaltenen Befehl am Fernsprecher nicht durchgeben wollte, sagte ... lediglich: „Ich habe hier so einen verrückten Befehl; hat das mit dem seine Richtigkeit?“, worauf ihm Gross antwortete: „Jawohl, in Bremen ist schon die Nacht der langen Messer im Gange. Die Synagoge brennt bereits“. Auf die Frage Roeschmanns: „Ist das amtlich?“, antwortete Gross: „Das ist amtlich“ ...

Roeschmann und Köster haben das von Gross Gesagte als eine Bestätigung des Befehls der Standarte aufgefaßt, also die „Nacht der langen Messer“ auf die Beseitigung der Juden bezogen ... Sowohl Roeschmann als auch Köster erteilten sodann an ihre Männer in der Gewißheit, daß ein solcher Befehl nur im Einverständnis mit den höchsten Stellen gegeben werde, im Innern erschüttert, entsprechende Befehle, wobei Köster, als ihn der Obertruppführer Harder im Falle Sinasohn bei der Befehlsausgabe noch einmal fragte, was denn nun getan werden solle, antwortete: „Vernichten, verschwinden lassen“. Die Worte „verschwinden lassen“, die nach der Meinung Kösters nur ein weiterer Ausdruck für vernichten sein sollten, faßte Harder wörtlich auf, so daß nach der Erschießung des Sinasohn durch Mahlstedt der Erschossene von Harder und seinen Leuten auf einer Weide begraben wurde. Köster selbst ging mit einem seiner Truppführer zu einer jüdischen Familie, verhaftet sie und fuhr sie mit seinem Wagen auf freies Feld, um sie zu erschießen. Er brachte die Erschießung jedoch ebensowenig wie sein Truppführer über sich, sondern ließ die Juden auf dem Feld unter Abgabe eines Schreckschusses laufen.

Bei den die Erschießungen Ausführenden, Frühling und Mahlstedt, handelt es sich um gut beleumundete Männer, die der SA seit 1935 angehören, die nicht vorbestraft sind und denen von ihren zuständigen SA-Führern nach Charakter und Führung ein gutes Zeug-

nis ausgestellt wird. Irgendwelche selbstsüchtigen Motive waren bei keinem von ihnen festzustellen. Die Erschossenen sind sowohl Mahlstedt als auch Frühling unbekannt gewesen. Beide haben einem erhaltenen Befehl in selbstverständlichem Gehorsam nach schwerem inneren Kampf Folge geleistet.

... Mit dem Ausdruck „die Nacht der langen Messer“ will Gross ferner lediglich von sich aus der Stimmung Ausdruck gegeben haben, die in der Nacht unter den SA-Führern geherrscht habe, nämlich, daß nunmehr der Zeitpunkt der völligen gewaltsamen Lösung der Judenfrage gekommen sei, bei der es auf das Leben eines Juden nicht ankomme.

Der Befehl des Gruppenführers, der dem Stabsführer der Gruppe, Oberführer Römpagel in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 telefonisch übermittelt wurde, ist von diesem wie folgt schriftlich zusammengefaßt worden:

„Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören. Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, daß keinerlei Wertgegenstände entwendet werden können. Die Verwaltungsführer der SA stellen sämtliche Wertgegenstände einschließlich Geld sicher.

Die Presse ist heranzuziehen.

Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. Es sind nur Wohnhäuser arischer Deutscher zu schützen von der Feuerwehr. Jüdische anliegende Wohnhäuser sind auch von der Feuerwehr zu schützen, allerdings müssen die Juden raus, da Arier in den nächsten Tagen dort einziehen werden.

Die Polizei darf nicht eingreifen. Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift.

Die Feststellung der jüdischen Geschäfte, Läger und Lagerhäuser hat im Einvernehmen mit den zuständigen Oberbürgermeistern und Bürgermeisterern zu erfolgen, gleichfalls das ambulante Gewerbe.

Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen zu schießen.

An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen, mit etwa folgendem Text: Rache für Mord an vom Rath. Tod dem internationalen Judentum. Keine Verständigung mit den Völkern, die jüden-

hörig sind. Dies kann auch erweitert werden auf die Freimaurerei.“

... Römpagel hat als Zeuge bekundet, daß er, nachdem er den Befehl erhalten, sich darüber klar gewesen sei, daß es Tote geben würde. Er habe aber weder den Gruppenführer gefragt, ob Juden umgelegt werden könnten, noch habe der Gruppenführer von sich aus Ähnliches gesagt. Erst um 2 Uhr sei ihm vom Gruppenführer durch den Befehl, daß die Juden in ein Konzentrationslager gebracht werden sollten, Klarheit geworden, was mit den Juden zu geschehen habe. Er selbst habe aber auch vor Erhalt des zweiten Befehls den ersten Befehl nicht so aufgefaßt, daß einfach bei jedem Juden Widerstand ohne weiteres anzunehmen sei, denn er habe selbst die Besitzer eines jüdischen Hotels ausgehoben, ohne diese irgendwie anzurühren. Allerdings sei die Meinung unter den SA-Führern, die auf der Gruppe erschienen waren, die gewesen, daß es nun auf Judenleben nicht ankomme, und daß ruhig der eine oder andere über die Klinge springen könnte ...

(Archiv Institut für Zeitgeschichte)

Einzelfälle — Mannheim

1. Bei Fritz Bloch ... wurde die ganze Wohnungseinrichtung demoliert, die Tastatur des Flügels durch Axthiebe schwer beschädigt.
2. Die 65jährige Witwe Josephine Levi, Rupprechtstraße 5, die sich allein in der Wohnung befand, wurde befragt: „Haben Sie Geld?“ Auf ihre bejahende Antwort wurde sie aufgefordert, das Geld herzugeben. Das Geld wurde mitgenommen. Betrag unbekannt.
3. Bei Doernberg, Große Merzelstraße 7, wurden 6 000 RM, stammend aus dem vor wenigen Tagen abgeschlossenen Verkauf eines Einzelhandelsgeschäfts, ohne jede Quittung mitgenommen, desgleichen wurden dem 75 Jahre alten Vater der Frau Doernberg 300 RM abgenommen, gleichfalls ohne Quittung.
4. Bei Siegfried Plato, Augusta-Anlage 12, wurde die Wohnung bei Abwesenheit der Bewohner aufgebrochen. Es fehlen: eine silberne Toilettengarnitur, ein silbernes und ein goldenes Zigarettenetui, wahrscheinlich auch Wäsche.
5. Bei Dr. Eugen Siegel, Karl-Ludwig-Straße 31, schwere Zerstörung der Wohnungseinrichtung. Darunter eine Sammlung Frankenthaler Porzellan, deren Stücke einzeln zertrümmert wurden.

6. Bei Max Lipmann, Konzertsänger, Elisabethstraße 11, der in Vorbereitung zur Auswanderung stand, wurden sämtliche, d. h. Dutzende von zum Teil wertvollen Opern-Klavierauszügen sowie handgeschriebene Lieder auf die Straße geworfen und verbrannt. Die Tastatur des Flügels wurde durch Axthiebe schwer beschädigt.

7. Bei Viktor Odenheimer, Augusta-Anlage 29, wurde vernichtet: eine „Meistersinger“-Partitur, mit eigenhändiger Widmung Richard Wagners, eine alte Meistergeige (mit der Axt zerschlagen), alt-chinesische Vasen im Wert von etwa 20 000 RM sowie ein wertvolles Mosaik. Der Wohnungsinhaber machte auf den unschätzbaren Wert dieser Dinge aufmerksam und erklärte sich bereit, alles einem Museum zu schenken. Trotzdem wurde alles vor den Augen der Wohnungsinhaber zertümmert. Außerdem wurde eine Menge Noten auf die Straßen geworfen und verbrannt sowie die beiden Flügel mit Axthieben schwer beschädigt. ...

9. Bei Rhonheimer ... wurden nicht nur alle, auch sehr wertvolle Gebrauchsgegenstände, Möbel, geschnitzte alte Stühle, Schränke, Spiegel, Teppiche bis aufs kleinste zerstört, zerbrochen, zerschnitten und besudelt, sondern auch Kunstgegenstände, Vitrinen mit Inhalt, und zwar Stück für Stück, so auch eine wertvolle Porzellansammlung. Daneben stand das Skelett eines Flügels, vor dem splitterartige Überreste einer alten Geige und eines Cellos lagen. Eine wertvolle Bibliothek war zum größten Teil zerstört; unter anderem lag ein vielbändiges, in Schweinsleder gebundenes Werk über Friedrich den Großen zerfetzt und zertreten auf dem Boden. Im übrigen war die ganze Einrichtung einschließlich Bädewannen, Waschtischen und Closettschüsseln in Splitter geschlagen.

10. Bei Sigmund Keller ... war die Zerstörung so vollkommen, daß weder ein Stuhl, noch ein Glas, noch eine Tasse oder ein Teller mehr heil und gebrauchsfähig war.

...

17. Am 10. 11. 1938 mittags gegen $\frac{1}{2}$ 1 Uhr wurde der Eingangsbau des jüdischen Friedhofs in die Luft gesprengt. Die Detonation war in der ganzen Stadt hörbar. Der jüdische Friedhof liegt in unmittelbarer Nähe des großen städtischen Krankenhauses.

(Hans-Joachim Fliedner, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933—1945, Bd. II, S. 330 f., Stuttgart 1971)

Volkswut zerstört Hechinger Synagoge

Gerechte Vergeltungsmaßnahmen treffen das Judenpack

Das Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten, Parteigenossen vom Rath, hat, wie im ganzen Reich, so auch in unserer Stadt tiefste Empörung und gerechten Zorn des Volkes ausgelöst. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag sammelten sich in der Goldschmiedstraße vor der Synagoge empörte Volksgenossen, die in durchaus verständlicher und berechtigter Erregung diese jüdische Kultstätte zum Zielpunkt ihres Vergeltungswillens genommen hatten. Binnen kürzester Zeit waren die Türen erbrochen und die gesamten Einrichtungsgegenstände zerstört. In ihrem kaum zu überbietenden Zorn machten die Volksgenossen derart „ganze Arbeit“, daß an eine Wiederherstellung der Innenausstattung für den bisherigen Zweck nicht mehr gedacht werden kann.

Das im Jahre 1775 erbaute Haus, welches seit seinem Bestehen den Juden als religiöser Versammlungsraum diente, gleicht innen einem Trümmerhaufen. Auch sämtliche Fenster und Türen sind zerschlagen. — Die schon in den frühen Morgenstunden des Donnerstag zur Goldschmiedstraße strömende Einwohnerschaft diskutierte erregt über den gemeinen Meuchelmord an einem hoffnungsvollen jungen Deutschen und gab unverhohlen ihrer Befriedigung über die empfindliche Vergeltung des heimtückischen Schurkenstreiches Ausdruck. Mit Abscheu spricht jedermann von dem jüdischen Pack, das nun auch hier in Hechingen die Faust des Volkes zu spüren bekam. Möge dieses Beispiel der Judenschaft zeigen, daß Deutschland nicht länger mit sich spielen läßt und seine Feinde dort zu treffen weiß, wo es sie am meisten schmerzt. — Überflüssig zu sagen, daß von Ausschreitungen oder gar Plünderungen nirgends etwas bemerkt werden konnte. Wer Zeuge der anti-jüdischen Aktionen war, mußte sich vielmehr über die Disziplin, die von der Volksmenge trotz der Empörung über die jüdische Mordtat gehalten wurde, wundern.

Wie aus Haigerloch berichtet wird, ist auch dort die Synagoge vollkommen demoliert worden. Auch mehrere jüdische Behausungen nahm das erregte Volk zum Ziel seiner Vergeltungsmaßnahmen.

In Tübingen drang die erregte Menge in die Synagoge ein und zerstörte die Einrichtungsgegenstände. Gegen 4 Uhr morgens stand die Synagoge in Flammen. Die herbeigerufene Feuerwehr mußte sich in der Hauptsache darauf beschränken, die nebenanliegenden Gebäude zu schützen. Das Feuer fand in der Holzkonstruktion des Gebäudes reiche Nahrung, so daß das Gebäude bald ausgebrannt war. Um jede Gefahr zu bannen, mußten die übriggebliebenen Trümmer eingerissen werden.

Als in Stuttgart und im Gau Württemberg die Kunde eintraf, daß der Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris seinen Verletzungen erlegen ist, fanden erregte Protestkundgebungen gegen die Juden statt. Gegen drei Uhr nachts standen die beiden großen Synagogen in Stuttgart und Bad Cannstatt in hellen Flammen, die bis zum Anbruch des Tages vollständig aus- und niedergebrannt waren.

(Paul Sauer, Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933—1945, II. Teil, S. 21, Stuttgart 1966)

Waisenhaus Eblingen

Am 10. November 1938 zwischen 12 und 1 Uhr erschienen im Speisesaal des Waisenhauses mit Äxten und schweren Hämmern bewaffnete Zivilisten und SA-Leute und zwangen uns unter den Rufen „Raus mit euch“ das Haus zu verlassen und uns hinter dem Gebäude am Komposthaufen zu versammeln. Ein Teil der Kinder floh, die übrigen wurden mit uns von SA bewacht. Ich persönlich kannte keinen der Leute, habe aber einen besonders rohen Rothaarigen und einen Buckligen in steter Erinnerung. Während sich ein Teil unbeteiligt in den Gängen und außerhalb aufhielt, zerstörten die anderen, was erreichbar war. Aus den Zimmern der Lehrer und aus unserer Wohnung warf man Bücher, aus dem Betsaal Gebetbücher, Thorarollen und Gedenktafeln auf einen brennenden Scheiterhaufen. Den weinenden Kindern drohte einer dieser Rohlinge, man werde auch sie dort verbrennen. Uhren, Wecker, Ringe und andere Wertgegenstände wurden gestohlen...

Wir fanden auf unserem Rückweg Lehrer Fritz Samuel bewußtlos geschlagen mit Keulen aus dem Turnsaal, Lehrer Jonas und mein Mann wurden mißhandelt, weil sie keine Auskunft über Geheimarchive, die im Waisenhaus existieren sollten, geben konnten. Wir

wateten durch Glasscherben und zerrissene Bücher und wurden mit den Kindern in einem der Schulsäle eingeschlossen. Dann kam der Befehl, die Kinder noch vor Einbruch der Nacht wegzubringen. Nach langen Verhandlungen erlaubte man meinem Mann, Stuttgarter Bekannte anzurufen, um die Kinder mit Autos zu holen. Wir hatten zu unterschreiben, daß wir, mein Mann und ich, als Letzte das Haus bis 7.30 Uhr nächsten Tages zu verlassen hätten, andernfalls man uns in Schutzhaft nehmen werde. Taxichauffeuren und Privatleuten, die Kinder wegbringen wollten, wurde jede Verbindung mit uns verboten. Ehemalige Zöglinge aus Stuttgart kamen auf Umwegen während der Nacht und halfen uns. Wir verließen das Haus mit Rucksäcken... Einige Kinder hatten sich zu Fuß auf den Weg nach Stuttgart gemacht, sie fanden Hilfe unterwegs von Passanten. Meine Schwester und mein Schwager kamen während der Nacht auf der Flucht von Unterfranken ins Waisenhaus, sie wurden nach wenigen Minuten aus dem Hause gewiesen. Aus Angst gingen sie zu Fuß nach Stuttgart...

(Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933—1945, S. 420, Stuttgart 1968)

Bericht des SD-Unterabschnitts Württemberg-Hohenzollern für das 4. Vierteljahr 1938 vom 1. Februar 1939 (Auszug)

Judentum

Das Hauptereignis der Berichtszeit war die als Folge des Mordes an vom Rath entstandene Aktion gegen die Juden am 9. 11. 1938 und der folgenden Zeit. Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden:

1. Der durch die Aktion entstandene Gesamtschaden beträgt RM 197 950.
2. Insgesamt wurden 18 Synagogen verbrannt, bei 12 Synagogen wurde die Inneneinrichtung demoliert.
3. Die Gesamtzahl der verhafteten Juden beträgt 878, von denen nunmehr noch 40 inhaftiert sind.
4. Im Verlauf der Aktion (einschließlich Dachau) ereigneten sich 13 Todesfälle. Außerdem wurden 2 Selbstmordversuche gezählt.
5. Insgesamt ereigneten sich 5 Plünderungen von Geschäften und Wohnungen, und zwar in Heilbronn und Stuttgart.

6. Die Aufnahme in Parteikreisen war durchwegs gut. Es wurde teilweise bemängelt, daß einzelne Pg. sich bei der Übernahme von jüdischen Geschäften und Besitzes unrühmlich benahmen.

Für die Aufnahme in konfessionellen Kreisen sei der Ausspruch eines evangelischen Pfarrers angeführt, der zu einem Eintopfsammler sagte: „Am Samstag zündet man Häuser an, am Sonntag kommt man zum Betteln. Das ist eine Gottlosigkeit, wie sie im Buche steht.“

7. In Wirtschaftskreisen wurde die Aktion mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Als Beispiel für die schlechte Haltung eines Gewerbebezweiges, der aus der Aktion nur hätte Nutzen ziehen können, sei die Tatsache angeführt, daß die Stuttgarter Glasermeister beschlossen, den Juden für die Anfertigung neuer Schaufenster einen billigeren Preis zu berechnen, da die Juden den Schaden ja nicht verursacht hätten.

8. Bezüglich der Auswanderung hat die Aktion bewirkt, daß von den verhafteten Juden 253 sich sofort zur Auswanderung bereit erklärten. Eine große Zahl dieser Juden wird sich als Zwischenstation bis zur endgültigen Einwanderung das Zielland England wählen. Das Ziel dieser Auswanderer ist nach den bisherigen Berechnungen zu 60 % Nordamerika, zu 20 % Südamerika, zu 10 % das Britische Weltreich, der Rest verteilt sich auf Portugal, Frankreich und Palästina.

...

Kirchenpolitische Entwicklung ... Katholische Kirche

Zur Judenaktion werden katholischerseits nur zurückhaltende Stellungnahmen genommen. Kirchliche Kreise lehnen das Vorgehen gegen die Juden ab, besonders aus der Erwägung, mit dem Katholizismus würde einmal ebenso verfahren werden, wie mit dem Judentum. Bezeichnend ist folgende Äußerung eines Katholiken: „Jetzt sind sie mit den Juden fertig, nun kommen wir dran.“ ...

Evangelische Kirche

Obwohl sich die offiziellen Stellen und Personen der Landeskirche jeder Stellungnahme zur Judenfrage und zur Judenaktion enthielten, wurden doch die Vergeltungsmaßnahmen von dem Großteil der Geistlichkeit wie auch der ev. Bevölkerung mit Begründungen wie „Die Juden sind doch auch Menschen“ und

„Man darf doch keine Gotteshäuser anzünden, das ist doch Gotteslästerung“ usw. abgelehnt. Die kirchlich-theologische Sozietät, der extremste Flügel der B(ekennenden) K(irche), gab an seine Anhänger und die zuverlässigsten Glieder der Gemeinden eine Vervielfältigung einer scharf und grenzenlos prosemitischen Schrift „Das Heil kommt von den Juden“ heraus, die von dem berühmten Theologen Prof. Karl Barth, Basel, verfaßt worden war ...

Liberalismus

... Dazu kam dann die Judenaktion. Die eingefleischten Demokraten zeigten eine besondere Judenfreundlichkeit und bemitleideten die in Haft genommenen Juden sehr. Tolle Gerüchte über Selbstmorde und Todesfälle im Konzentrationslager wurden in Umlauf gesetzt. Die Zerstörung der Judengeschäfte und Synagogen wurde als Zerstörung von deutschem Volksvermögen erklärt ...

Reaktion

Die Judenaktion gab weitgehendst Anlaß zur Kritik. Es wurde hervorgehoben, daß die Zerstörung der jüdischen Geschäfte und auch der Synagogen in keiner Weise im Sinne des Vierjahresplanes sei. In diesen Kreisen wurde mit außenpolitischen Verwicklungen, ja selbst mit einem Kriege gerechnet. In Einzelfällen wurde auch eine mehr oder minder starke Judenfreundlichkeit bekannt. Z. B. schickte ein 81 Jahre alter Oberst (früher Stahlhelm, jetzt Pg.) einem Juden anläßlich der Aktion einen Blumenstrauß, um ihm seine innere Verbundenheit auszudrücken. In Creglingen verhalf ein NSKK-Mann und Angehöriger des NS-Reichskriegerbundes einem Juden zur Flucht, damit sich dieser der Festnahme entziehen konnte. Nachher setzte sich auch noch der Kreisführer des NS-Reichskriegerbundes für diesen Judenfreund ein. Erklärlich wurde dies durch die Feststellung, daß der betreffende Kreisführer einen Juden als Mieter hat.

Bemerkenswert ist, daß sich der Alldeutsche Verband ganz zu den Maßnahmen der Regierung gegen die Juden bekennt ...

Nachträglich haben sich noch verschiedene Kriegerkameradschaften dem NS-Reichskriegerbund angeschlossen ... Bei der Eingliederung zeigte es sich, daß in manchen Offizierskameradschaften noch Juden geführt

werden. Diese hatten es bis jetzt verstanden, die Ausstellung des verlangten arischen Nachweises zu verzögern...

(Paul Sauer, Dokumente, a. a. O., S. 53 ff.)

Aktionsjuden

Gesamtzugänge im KL Dachau in der Zeit vom 10. 11. 1938 — 22. 12. 1938: 10 911.

Die Transporte kamen von: München, Regensburg, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Augsburg, Bamberg, Fürth, Heilbronn, Ulm a. d. Donau, Stuttgart, Wien, Graz, Nürnberg, Frankfurt a. M., Saarbrücken, Köln, Offenbach, Düsseldorf, Wuppertal, Essen.

Entlassungen in der Zeit von November 1938 bis August 1939: 10 415

Tote im gleichen Zeitraum: 185

Überstellungen: 95

...

Judenaktion vom 10. 11. 38 (KL Buchenwald)

Die Zahl der eingelieferten Juden ins KL Buchenwald betrug in der Zeit vom 10. 11. bis 14. 11. 1938 9 828 A.-Juden

Am 17. 11. 1938 wurden noch eingeliefert 2 A.-Juden

und am 8. 12. 1938 mit regulärem Sammeltransport 15 A.-Juden

so daß die Zahl der eingelieferten Aktionsjuden 9 845 beträgt.

Die Zahl der Abgänge beträgt in der Zeit vom 10. 11. 1938—3. 1. 1939 8 311 A.-Juden

Zugang 9 845

Abgang 8 311

1 534 am 3. 1. 1939 abends.

...

(Wiener Library London, P. II. d. No. 750)

Bericht des Sondersenats des Obersten Parteigerichts über die Vorgänge und parteigerichtlichen Verfahren, die im Zusammenhang mit den antisemitischen Kundgebungen vom 9. November 1938 stehen (Auszug)

... In den Fällen 4—16 handelt es sich um Tötungen auf Befehl, aufgrund unklaren oder vermeintlichen Befehls, ohne Befehl aus Haß

gegen den Juden und aus der Auffassung heraus, daß nach dem Willen der Führung Rache genommen werden sollte für den Tod des Pg. vom Rath, oder um Tötungen aufgrund plötzlichen aus der Situation heraus in der Erregung gefaßten Entschlusses, wobei auch hier der innere Grund der erklärte Zweck der ganzen Aktion war, und die Vorstellung, daß in irgendeiner Form Vergeltung für den Pg. vom Rath geübt werden sollte.

Soweit ein klarer Befehl vorliegt ..., bedarf die Bitte um Niederschlagung des Verfahrens gegen die unmittelbaren Täter keiner weiteren Begründung. Der Befehl muß die Verantwortung verlagern vom Handelnden auf den Befehlsggeber. Die Männer haben zudem vielfach schwerste innere Hemmungen niederkämpfen müssen, um den Befehl durchzuführen. Es ist — wie auch verschiedentlich vonseiten der Täter zum Ausdruck gebracht wurde — eben nicht Sache unserer SA- und SS-Männer, nachts in Räuberzivil in Schlafzimer einzudringen, um selbst den verhafteten politischen Gegner neben oder mit seiner Frau zu erledigen.

Die Nachprüfung der Befehlsverhältnisse hat ergeben, daß in all diesen Fällen ein Mißverständnis in irgend einem Glied der Befehlskette entstanden ist, insbesondere dadurch, daß es dem aktiven Nationalsozialisten aus der Kampfzeit selbstverständlich ist, daß Aktionen, bei denen die Partei nicht als Organisator in Erscheinung treten will, nicht mit letzter Klarheit und in allen Einzelheiten befohlen werden. Er ist infolgedessen gewohnt, aus einem solchen Befehl mehr herauszulesen, als wörtlich gesagt ist, wie es auch auf der Seite des Befehlsggebers vielfach Übung geworden ist, im Interesse der Partei — gerade wenn es sich um illegale politische Kundgebungen handelt — nicht alles zu sagen und nur anzudeuten, was er mit dem Befehl erreichen will. So hat wohl jeder, der im Rathausaal anwesenden Parteiführer die Weisung des Pg. Dr. Goebbels, daß die Partei diese Demonstration nicht zu organisieren habe, so aufgefaßt, daß die Partei als Organisator nicht in Erscheinung treten solle; Pg. Dr. Goebbels wird sie auch so gemeint haben, denn die politisch interessierten und darüber hinaus aktiven Kreise, die für solche Demonstrationen in Frage kommen, stehen eben in der Partei und ihren Gliederungen. Sie konnten selbstverständlich auch nur durch Dienststellen der Partei und der Gliederungen mobilisiert werden. — So hat auch eine Reihe von

Unterführern die an sie mündlich oder fernmündlich gelangten, nicht immer sehr glücklich formulierten Befehle — z. B.: Nicht der Jude Grünspan, das ganze Judentum trage die Schuld an dem Tod des Pg. vom Rath, das Deutsche Volk nehme infolgedessen Rache am gesamten Judentum, im ganzen Reiche brennten die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte seien zu verwüsten, Leben und Eigentum der Arier müsse geschützt, ausländische Juden dürften nicht belästigt werden, die Aktion werde auf Befehl des Führers durchgeführt, die Polizei sei zurückgezogen, Pistole sei mitzubringen, bei geringstem Widerstand sei rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen, als SA-Mann müsse nun jeder wissen, was er zu tun habe usw. — so verstanden, daß nun für das Blut des Pg. vom Rath Judenblut fließen müsse, daß es jedenfalls nach dem Willen der Führung auf das Leben eines Juden nicht ankomme . . .

Es ist selbstverständlich, daß unter den geschilderten Umständen auch der unklare Befehl die Verantwortung nach oben verschieben muß. Das Gleiche gilt für den falschverstandenen Befehl . . .

Eine andere Frage ist die, ob der absichtlich unklar, in der Erwartung gegebene Befehl, der Befehlsempfänger werde den Willen des Befehlsgebers erkennen und danach handeln, nicht im Interesse der Disziplin der Vergangenheit angehören muß. In der Kampfzeit mochte er in einzelnen Fällen notwendig sein, um einen politischen Erfolg herbeizuführen, ohne dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Urheberchaft der Partei nachzuweisen. Dieser Gesichtspunkt fällt heute weg. Auch die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muß das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei. Der Soldat aber darf nicht in die Lage gebracht werden, Überlegungen anzustellen, was er nun eigentlich nach dem Willen des Befehlsgebers zu tun habe, ob der Befehl auch wirklich so gemeint sei, wie er lautet; denn möglicherweise kommen solche Überlegungen einmal in wichtigen Angelegenheiten zu einem falschen Ergebnis oder es werden Überlegungen angestellt, wenn der Befehlsgeber den Befehl nun wirklich wörtlich aufgefaßt und durchgeführt wissen will. In jedem Fall aber wird dadurch die soldatische und damit nationalsozialistische Auffas-

sung von Disziplin und Verantwortung untergraben.

Auch in den Fällen, in denen Juden ohne Befehl . . . oder befehlswidrig . . . getötet wurden, konnten unlautere Motive nicht festgestellt werden. Die Männer waren innerlich der Überzeugung, ihrem Führer und der Partei mit ihrer Tat einen Dienst getan zu haben. Ein Ausschluß aus der Partei ist deswegen nicht erfolgt. Denn letzter Zweck der durchgeführten Verfahren und damit auch Maßstab für die Beurteilung muß nach Auffassung des Obersten Parteigerichts sein, diejenigen Parteigenossen zu decken, die aus anständiger nationalsozialistischer Haltung und Einsatzbereitschaft über das Ziel hinausgeschossen waren und auf der anderen Seite einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen der Partei und denjenigen, die den völkischen Freiheitskampf der Partei gegen das Judentum in schnöder Weise zu persönlichen Zwecken mißbraucht oder darüber hinaus aus verbrecherischen Motiven gehandelt haben. Es ist infolgedessen auch in den Fällen befehlswidrigen Vorgehens lediglich die Disziplinwidrigkeit mit Strafen, die unter dem Ausschluß liegen, geahndet worden . . .

Der Bericht über das bisherige Ergebnis der Verfahren wird vorgelegt einmal, weil die polizeilichen Ermittlungen in den übrigen (insgesamt 91) Fällen von Tötungen noch nicht abgeschlossen sind, zum anderen, weil das bisherige Ergebnis — was insbesondere Beweggründe und Zusammenhänge betrifft — einen Ausschnitt und Überblick geben dürften, in Sonderheit aber, weil der Senat künftig davon absehen möchte, Verfahren wegen Tötungen von Juden im Rahmen der Aktion vom 9. 11. 1938 überhaupt durchzuführen, wenn nicht aufgrund der polizeilichen Ermittlungen der Verdacht besteht, daß eigennützige oder verbrecherische Beweggründe vorliegen. Der Inhalt dieses Berichts begründet diese Auffassung. Darüber hinaus hat die letzte Hauptverhandlung in der Sache Schenk ergeben, daß der erste bekanntgewordene Fall der Tötung eines Juden, und zwar des polnischen Staatsangehörigen, dem Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels am 10. 11. 1938 etwa gegen 2 Uhr gemeldet und dabei der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, daß etwas geschehen müsse, um zu verhindern, daß die ganze Aktion auf eine gefährliche Ebene abglitte. Pg. Dr. Goebbels hat nach der Aussage des stellvertretenden Gauleiters von München-Oberbayern sinngemäß darauf geantwortet, der Melder solle sich wegen eines toten Ju-

den nicht aufregen, in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daran glauben müssen. In diesem Zeitpunkt hätten sich die meisten Tötungen durch eine ergänzende Anordnung noch verhindern lassen. Wenn dies nicht geschah, so muß aus dieser Tatsache wie aus der Äußerung an sich schon der Schluß gezogen werden, daß der schließliche Erfolg gewollt, mindestens aber als möglich und erwünscht in Rechnung gestellt wurde. Dann hat aber der einzelne Täter nicht nur den vermeintlichen, sondern den zwar unklar zum Ausdruck gebrachten, aber richtig erkannten Willen der Führung in die Tat umgesetzt. Dafür kann er nicht bestraft werden.

(IMT Bd. XXXII, S. 20 ff., PS-3063)

Rauch

Es ist zeitig am Morgen und über die Adolf-Hitler-Brücke flutet der eben von der Nachtruhe erwachte Verkehr. Der Zementbelag des Radfahrerwegs ist schon merklich abgeschliffen. Still, fast befangen geht der Neckar seinen gewohnten Weg. Wohin das Auge

auch blickt, überall hängen graue Schleier, ganz zart und fein, wie Spinnengewebe. Kein Zweifel mehr, es wird doch Winter werden! Das hat sich heute kundgetan.

Dieses schmutzige Grau, das dem ausschreitenden Morgen nicht weichen will, hat Tränen in den Augen und man fühlt, davon benetzt zu werden. Es ist wohl mit sich selbst nicht zufrieden. So müssen denn die schwarzen Rauchwolken, die aus den hohen Kaminen weit im Halbrund aufsteigen, in heillosen Vereinsamung durch den tristen Raum irren. Auch sie lehnen sich gegenseitig ab, und so erscheinen sie denn am Firmament als langgestreckte Fahnen, die über der Stadt stehen.

Da ist nichts mehr von Jubel, von Farbe und Licht. Grau und Schwarz sind Diktator geworden. Werden sie stehen bleiben, werden sie weiter gehen? Wenn ihr Beharrungszustand über unsern Häusern sich löst, dann wird es viel Ruß regnen, der nur mit viel Seife wird wieder wegzuwaschen sein. h.

(Neue Mannheimer Zeitung 10. November 1938, zitiert nach Hans-Joachim Fliedner, Judenverfolgung, a. a. O., S. 333)

C. Dokumente zur wirtschaftlichen Entrechtung

Denkschrift des Gauleiters Julius Streicher vom 14. April 1939 (Auszug)

... Die Judenaktion vom November 1938 ist *nicht spontan* aus dem Volke gekommen und darum wurde sie auch in ihrer Auswirkung selbst von vielen Parteigenossen nicht verstanden. Mit der Durchführung der Judenaktion waren Teile der Parteigliederungen beauftragt. Wenn nun Einzelfälle nachgewiesen sind, in denen Parteigenossen mit tadellosem polizeilichem Leumund sich beim Vollzug der Aktion irgendwelche Gegenstände aneigneten, so darf bei der Beurteilung dieses Geschehens nicht unbeachtet bleiben, *daß diese Aneignung in einem Augenblicke geschah, in dem die Vernichtung von Sachwerten auftragsgemäß sich vollzog* ... Es ist verständlich, wenn auf dem Trümmerhaufen jener Judenaktion innerhalb dieses oder jenes Gaues in der Partei die Meinung entstand, es sei der Zeitpunkt gekommen, die *Juden nun auch wirtschaftlich völlig zum Ausscheiden zu zwingen*. Aus solcher Überlegung heraus entstanden auch in Nürnberg die unter Leitung

des Gauleiter-Stellvertreters, Parteigenossen Karl Holz, vollzogenen Arisierungsmassnahmen. Jene Maßnahmen sollten *dem Gau die Mittel zum Bau einer Gauschule beibringen*. Das Vorgehen des Parteigenossen Karl Holz kann nur im Zusammenhang mit der von der Partei im November 1938 durchgeführten Judenaktion verstanden werden ...

Als durch die Polizei den Juden der Führerschein entzogen worden war, begannen sie ihre Autos zu veräußern. Viele Nürnberger Händler kamen damit um billiges Geld in den Besitz einer Anzahl Judenausos. Die Gelegenheit, um mit wenig Geld zu einem Auto zu kommen, haben auch einige Parteigenossen wahrgenommen. Es handelt sich hier durchweg um *unbescholtene, um die Bewegung hochverdiente Leute*. Das Bewußtsein, hier nicht richtig gehandelt zu haben, ist diesen Parteigenossen erst dann gekommen, als ich den Befehl erteilte, die Judenwagen wieder zurückzugeben. *Der Befehl wurde von jedem dieser Parteigenossen vollzogen. Auch die Häuser, die von einigen Parteigenossen (sie wollten dadurch die Möglichkeit bekommen,*

auch einmal menschenwürdig zu wohnen) für wenig Geld gekauft worden waren, wurden auf meinen Befehl hin wieder zurückgegeben...

Ende Januar 1939 hatte ich eine Besprechung mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Hermann Göring. Als mir dabei der Generalfeldmarschall erklärte, daß er nach Nürnberg zur Untersuchung der dort vollzogenen Arisierungsmassnahmen eine Kommission entsenden wolle, erklärte ich ihm, daß diese Absicht meinem Wunsche entspräche. Würde ich damals aber gewußt haben, daß diese Kommission im Verlauf ihrer fast zehnwöchigen Tätigkeit ihr Feststellungsverfahren nur mit kriminellen, das Prestige der Partei schwer schädigenden Methoden durchzuführen beabsichtigte, dann hätte ich im Interesse der Bewegung darum gebeten, davon Abstand zu nehmen.

(PS-406, ungedr.)

Bericht der Geheimen Staatspolizei über die im Gau Franken zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. Februar 1939 vorgenommenen „Arisierungen“ jüdischer Betriebe (Auszug)

... Aus der vorstehenden Darstellung ergibt sich, daß sich die Gauleitungen über die Zuständigkeit der Staatsbehörden zur Durchführung der Entjudung und den Umfang der Beteiligung von Parteidienststellen dabei nicht im unklaren sein konnten. Daß staatliche Behörden die Träger des Verfahrens sind, ging schon aus der Verordnung vom 26. April 1938 hervor. Die Anordnungen der Partei mußten den Gauleitungen ebenfalls bekannt sein. Wenn der Gauleiter-Stellvertreter Holz in seiner Äußerung vom 25. März 1939 meint, daß durch die in der Nacht und am Morgen des 10. November 1938 vorgenommene große Aktion gegen die Juden alle Richtlinien und alle Gesetze auf dem Gebiete der Judenfrage illusorisch gemacht worden seien und daß nunmehr die Partei selbständig handeln müssen, so kann diese Schlußfolgerung keineswegs als notwendig, ja nicht einmal als naheliegend angesehen werden, zumal bereits nach den Verordnungen vom 23. und 24. November 1938 erneut staatliche Behörden mit der Behandlung der Judenfrage betraut wurden und bald darauf die Verordnung vom 3. Dezember 1938 mit ausführlichen Vorschriften über die Entjudung erging. Zu welchen unmöglichen Folgerungen die im Gau Fran-

ken vertretene Auffassung geführt hat, geht aus einer Äußerung des Gauinspektors Ritter in seiner Vernehmung vom 24. März 1939 mit besonderer Deutlichkeit hervor. Er ist der Meinung, daß selbst eine Anordnung, wie die des Stellvertreters des Führers Nr. 89 vom 2. August 1938 durch die Ereignisse des 9. und 10. November 1938 als überholt, bestimmt aber als gelockert zu betrachten gewesen sei, obgleich diese Anordnung ausgesprochenenmaßen den (unter allen Umständen verständlichen) Zweck verfolgte, Unregelmäßigkeiten zu vermeiden. Man kann nach dem Verlauf der Dinge weiter nur annehmen, daß man im Gau Franken auch die Anordnung des Reichsschatzmeisters vom 2. September 1938, Nr. 57/38 über das Verbot finanzieller Gegenleistungen für die Mitwirkung der Partei an Entjudungen und anderen wirtschaftlichen Aufgaben als überholt ansah und sich für befugt erachtete, dem Gau Franken im Zusammenhang mit den Arisierungen ansehnliche Geldbeträge zu verschaffen. Unter der Devise „Franken voran“ glaubte man im Gau Franken sich über gesetzliche Vorschriften hinwegsetzen zu können, die in den übrigen Teilen des Reiches die erforderliche Beachtung fanden.

(IMT Bd. XXVIII, S. 55 ff., PS-1757, hier S. 66 f. Im Original umfaßt der Bericht 300 Seiten.)

Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Göring im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938 (Auszug)

Göring: Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers, Bormann, im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist. Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer noch einmal darauf hingewiesen worden, jetzt die entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen.

Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen. Selbstverständlich ergeben sich daraus auch eine Reihe rechtlicher Maßnahmen, die sowohl in das Gebiet des Justizministers wie des Innenministers fallen, dann die daraus zu folgernden Propagandamaßnahmen, die in das Gebiet des Herrn Propagandaministers fallen,

selbstverständlich auch Maßnahmen des Finanzministers und des Wirtschaftsministers... Wir haben jetzt diese Sache in Paris gehabt. Darauf folgten wieder die Demonstrationen, und jetzt muß etwas geschehen! Denn, meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt. Sie schädigen nicht den Juden, sondern schließlich mich, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. Wenn heute ein jüdisches Geschäft zertrümmert wird, wenn Waren auf die Straße geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung dem Juden den Schaden — er hat ihn gar nicht —, und zweitens sind Konsumgüter, Volksgüter zerstört worden. Wenn in Zukunft schon Demonstrationen, die unter Umständen notwendig sein mögen, stattfinden, dann bitte ich nun endgültig, sie so zu lenken, daß man sich nicht in das eigene Fleisch schneidet. Denn es ist irrsinnig, ein jüdisches Warenhaus auszuräumen und anzuzünden, und dann trägt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche — ganze Abteilungen Kleider und was weiß ich alles —, werden verbrannt und fehlen mir hinten und vorn. Da kann ich gleich die Rohstoffe anzünden, wenn sie herkommen.

Das Volk versteht das natürlich nicht, und deshalb müssen hier Gesetze gemacht werden, die dem Volk einwandfrei zeigen, daß hier etwas getan wird. Ich wäre wirklich dankbar, wenn durch die Propaganda einmal auf diesen Punkt hingewiesen werden könnte, daß der Schaden leider Gottes nicht den Juden trifft, sondern tatsächlich die deutschen Versicherungsgesellschaften.

Nun habe ich aber keine Lust, die deutschen Versicherungsgesellschaften diesen Schaden tragen zu lassen. Ich werde deshalb auf Grund meiner Vollmacht eine Anordnung erlassen und bitte da natürlich um die Mitarbeit der zuständigen Ministerien, damit das in das richtige Lot kommt und die Versicherungsgesellschaften den Schaden nicht zu tragen haben...

Funk: ... Sollen die jüdischen Läden wieder aufgemacht werden?

Goebbels: Ob sie aufgemacht werden, ist eine andere Frage. Es handelt sich darum, ob sie wiederhergestellt werden. Ich habe Frist gestellt bis Montag.

Göring: Ob sie wieder aufgemacht werden, brauchen Sie nicht zu fragen. Dafür sind wir zuständig.

Goebbels: Nr. 2; es sind fast in allen deutschen Städten Synagogen niedergebrannt. Nun ergeben sich für die Plätze, auf denen die Synagogen gestanden haben, die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Die einen Städte wollen sie zu Parkplätzen umgestalten, andere wollen dort wieder Gebäude errichten...

Ich bin der Meinung, daß das der Anlaß sein muß, die Synagogen aufzulösen. Alle, die nicht mehr vollkommen intakt sind, müssen von den Juden niedergelegt werden. Die Juden müssen das bezahlen... Wir können sie z. T. zu Parkplätzen umgestalten, z. T. werden dort andere Gebäude errichtet werden...

Weiterhin halte ich es für notwendig, daß die Juden überall da aus der Öffentlichkeit herausgezogen werden, wo sie provokativ wirken. Es ist z. B. heute noch möglich, daß ein Jude mit einem Deutschen ein gemeinsames Schlafwagenabteil benutzt. Es muß also ein Erlaß des Reichsverkehrsministers herauskommen, daß für Juden besondere Abteile eingerichtet werden und daß, wenn dieses Abteil besetzt ist, die Juden keinen Anspruch auf Platz haben, daß die Juden aber nur dann, wenn alle Deutschen sitzen, ein besonderes Abteil bekommen, daß sie dagegen nicht unter die Deutschen gemischt werden und daß, wenn kein Platz ist, die Juden draußen im Flur zu stehen haben.

Göring: Da finde ich es viel vernünftiger, daß man ihnen eigene Abteile gibt.

Goebbels: Aber nicht, wenn der Zug überfüllt ist.

Göring: Einen Moment: Es gibt nur einen jüdischen Wagen. Ist der besetzt, müssen die übrigen zu Hause bleiben.

Goebbels: Aber nehmen wir an: es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach München fahren, sagen wir: es sitzen zwei Juden im Zug, und die anderen Abteile sind überfüllt. Diese beiden Juden hätten nun ein Sonderabteil. Man muß deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen.

Göring: Das würde ich gar nicht extra einzeln fassen, sondern ich würde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so wäre, wie Sie sagen, daß der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.

Goebbels: Das will ich nicht sagen. Ich glaube das nicht, sondern da muß eine Verordnung herauskommen.

Dann muß eine Verordnung herauskommen, daß es den Juden verboten ist, deutsche Bäder, Strandbäder und deutsche Erholungsstätten zu besuchen.

... Es wäre zu überlegen, ob es nicht notwendig ist, den Juden das Betreten des deutschen Waldes zu verbieten. Heute laufen Juden rudelweise im Grunewald herum. Das ist ein dauerndes Provozieren, wir haben dauernd Zwischenfälle...

Dann weiter, daß die Juden nicht in deutschen Anlagen herumsitzen können... Es gibt Juden, die gar nicht so jüdisch aussehen...

Göring: Die sagen gar nicht, daß sie Juden sind.

Goebbels: ... Ich halte es für notwendig, daß man den Juden bestimmte Anlagen zur Verfügung stellt — nicht die schönsten — und sagt: auf diesen Bänken dürfen die Juden sitzen... Es steht drauf: Nur für Juden!...

Göring: Ich bitte dann, Herrn Hilgard von der Versicherung hereinzurufen. Er wartet draußen...

Göring: Nun kommt die dritte Kategorie.

Hilgard: Das sind die einfachen Diebstahlgeschädigten.

Göring: Da muß ich eine Frage stellen. Wenn Waren jeder Art aus den Geschäften herausgenommen wurden und draußen auf der Straße verbrannt worden sind, fällt das auch darunter?...

Hilgard: ... Ich darf das vielleicht an einem praktischen Beispiel klarmachen. Der größte Fall, den wir auf diesem Gebiet haben, ist der Fall Margraf Unter den Linden. Das Juweliergeschäft von Margraf ist bei uns mit einer sogenannten kombinierten Police versichert. Da ist eigentlich jeder Schaden gedeckt, der passieren kann. Dieser Schaden ist bei uns in Höhe von 1,7 Millionen angemeldet, weil der Laden vollkommen ausgeplündert worden ist.

Göring: Daluege und Heydrich, ihr müßt mir diese Juwelen wieder herschaffen durch Riesenrazzien!

Daluege: Das ist schon angeordnet. Die Leute werden dauernd kontrolliert. Nach den Meldungen von gestern nachmittag sind bisher allein 150 verhaftet.

Göring: Die Sachen werden sonst verschoben. Wenn einer mit Juwelen in ein Geschäft kommt und sagt, er hätte sie gekauft, müssen sie ihm rücksichtslos weggenommen werden ohne große Geschichten. Irgendwo hat er sie gestohlen oder gehandelt.

Heydrich: Im übrigen ist in rund 800 Fällen im Reich geplündert worden entgegen der Vermutung, aber wir haben Plünderer schon in einer Zahl von mehreren Hundert und sind auch dabei, das geplünderte Gut herbeizuschaffen.

Göring: Und die Juwelen?

Heydrich: Das ist sehr schwer zu sagen. Sie sind z. T. auf die Straße herausgeschmissen worden und dort aufgegriffen worden. Ähnliches hat sich bei Pelzläden abgespielt, z. B. in der Friedrichstraße im Revier C. Da hat sich natürlich die Menge draufgeworfen, hat Nerze, Skunkse usw. mitgenommen. Das ist sehr schwer wiederzukriegen. Z. T. haben auch Kinder lediglich aus Spielerei sich die Taschen vollgesteckt. Man müßte anregen, daß H. J. nicht ohne Wissen der Partei eingesetzt werden darf und an solchen Dingen beteiligt wird. Solche Dinge sind sehr bald zerstört.

Daluege: Es wäre vor allen Dingen notwendig, von der Partei aus einen Befehl herauszugeben, daß sofort an die Polizei Meldung erstattet wird, wenn etwa die Nachbarsfrau — man kennt ja den Nachbarn ganz genau — einen Pelz umarbeiten läßt oder die Leute mit neuen Ringen oder Armbändern ankommen, daß uns die Partei da unterstützt.

...

Heydrich: Sachschaden, Inventar- und Warenschaden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen, allerdings einschließlich des Schadens, den das Reich durch Steuerausfall erleiden wird. Umsatz-, Vermögen- und Einkommensteuer. Das wird der Herr Finanzminister sicher auch erfahren haben.

v. Krosigk: Ich habe keinerlei Einblick in den Umfang.

Heydrich: 7 500 zerstörte Geschäfte im Reich.

Daluege: ... Die Waren, die sich in den Läden befanden, sind nicht Eigentum des Besitzers gewesen, sondern laufen größtenteils auf Rechnung von anderen Firmen, die diese Waren geliefert haben. Jetzt kommen die unberechneten Lieferungen von Firmen, die bestimmt nicht alle jüdisch, sondern arisch sind, die Waren, die auf Kommission gegeben waren.

Hilgard: Die müssen auch bezahlt werden.

Göring: Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet...

Kerl: Ich glaube, man könnte es so machen: Soweit es Juden sind, wird sowieso nicht gezahlt. Soweit es Arier sind, muß gezahlt werden, und dann mag die Versicherungsgesellschaft über die Reichsgruppe mit uns in Verbindung treten, und wir prüfen die Fälle...

Heydrich: Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt. Darf ich dazu einige Vorschläge machen? Wir haben in Wien auf Weisung des Reichskommissars eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet, durch die wir in Österreich immerhin 50 000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19 000 Juden herausgebracht werden konnten, und zwar ist uns das durch Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium und den ausländischen Hilfsorganisationen gelungen...

Durch legale Maßnahmen sind zum mindesten 45 000 Juden herausgebracht worden.

Göring: Wie war das möglich?

Heydrich: Wir haben das in der Form gemacht, daß wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kulturgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob.

Göring: Aber, Kinder, habt ihr euch das einmal überlegt? Es nützt doch auch nichts, daß wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?

Heydrich: Nur die Devisen, die jeder Jude bekommen hat...

Auf diese Weise. Darf ich vorschlagen, daß wir eine ähnliche Zentrale im Reich unter Beteiligung der zuständigen Reichsbehörden einrichten und daß wir auf Grund dieser Erfahrungen unter Abstellung der mit Recht vom Herrn Generalfeldmarschall kritisierten Fehler eine Lösung für das Reich finden!? (Göring: Einverstanden.)

Das Zweite, um die Juden herauszubekommen, müßte eine Auswanderungsaktion für das Judentum im übrigen Reich sein, die sich auf mindestens 8 bis 10 Jahre erstreckt. Wir kriegen im Jahr nicht mehr als höchstens 8 000 bis 10 000 Juden heraus. Es bleibt also eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierung und die sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums. Ich muß also in Deutschland solche Maßnahmen treffen, daß sie auf der einen Seite den Juden isolieren, damit er nicht in den normalen Lebenskreis des Deutschen eintritt. Ich muß aber auf der anderen Seite Möglichkeiten schaffen, die den Juden auf einen engsten Kundenkreis beschränken, aber eine bestimmte Betätigung zulassen, in der Rechtsanwaltsfrage, Arztfrage, Friseurfrage usw....

Für die Isolierung möchte ich rein polizeilich einige Vorschläge kurz unterbreiten, die auch wegen ihres psychologischen Einflusses auf die öffentliche Meinung von Wert sind. Z. B. die persönliche Kennzeichnung des Juden, indem man sagt: Jeder Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze muß ein bestimmtes Abzeichen tragen. Das ist eine Möglichkeit, die viele andere Dinge erleichtert — in bezug auf Ausschreitungen sehe ich keine Gefahr —, die uns auch das Verhältnis zum ausländischen Juden erleichtert.

Göring: Eine Uniform!

Heydrich: Ein Abzeichen. Dadurch könnte man auch die Schäden abstellen, die dadurch entstehen, daß die ausländischen Juden, die sich in ihrem Äußeren nicht von inländischen Juden unterscheiden, in Mitleidenschaft gezogen werden...

Als Maßnahme würde ich weiter vorschlagen, daß man alle persönlichen Berechtigungen wie Zulassungsscheine und Führerscheine den Juden entzieht, daß der Jude nicht Eigentümer von Kraftwagen sein darf, daß er aber auch nicht fahren darf, weil er damit deutsches Leben gefährden kann, daß man ihn weiterhin in seiner Freizügigkeit durch Aufenthaltverbote beschränkt...

Zum Kurbetrieb darf ich folgendes sagen. Der Kurbetrieb in der Heilstätte ist an sich eine Zusatzangelegenheit der Körpergesundheit, die nicht unbedingt für den einzelnen Menschen notwendig ist. Viele Millionen deutscher Volksgenossen sind nicht in der Lage, ihren Gesundheitszustand durch einen Besuch

eines Heilbades zu verbessern. Ich sehe nicht ein, warum der Jude überhaupt in Bäder gehen soll.

Göring: In Heilbäder, nein.

Heydrich: Dann würde ich dasselbe für die Krankenhäuser vorschlagen. Ein Jude kann nicht im Krankenhaus mit arischen Volksgenossen zusammenliegen...

Göring: Noch eine Frage, meine Herren: Wie beurteilen Sie die Lage, wenn ich heute verkünde, daß dem Judentum als Strafe diese 1 Milliarde als Kontribution auferlegt wird?

Bürckel: Die Wiener werden sehr damit einverstanden sein...

Göring: Ich werde den Wortlaut wählen, daß die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhalten. Die Schweine werden einen zweiten Mord so

schnell nicht machen. Im übrigen muß ich noch einmal feststellen: Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.

V. Krosigk: Deswegen möchte ich erst einmal das stark unterstreichen, was Herr Heydrich zu Anfang gesagt hat: wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland. Das muß doch immer das Entscheidende sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hierbehalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist...

Göring: Das zweite ist folgendes. Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen...

(IMT, Bd. XXVIII, S. 499 ff., PS-1816)

Die „Pogromverordnungen“

Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit (12. 11. 1938)

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I, S. 887) das Folgende:

§ 1

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring Generalfeldmarschall

(RGBl. I, S. 1579)

Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben (12. 11. 1938)

§ 1

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

§ 2

(1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

...

(RGBl. I, S. 1581)

Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (12. 11. 1938)

§ 1

(1) Juden ... ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen,

Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe . . . , die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr als Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 tätig sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

(RGBl. I, S. 1580)

Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer über die Teilnahme von Juden an öffentlichen Veranstaltungen (12. 11. 1938)

„ . . . Nachdem der nationalsozialistische Staat es den Juden bereits seit über 5 Jahren er-

möglicht hat, innerhalb besonderer jüdischer Organisationen ein eigenes Kulturleben zu schaffen und zu pflegen, ist es nicht mehr angängig, sie an Darbietungen der deutschen Kultur teilnehmen zu lassen. Den Juden ist daher der Zutritt zu solchen Veranstaltungen, insbesondere zu Theatern, Lichtspielunternehmungen, Konzerten, Vorträgen, artistischen Unternehmen (Varietés, Kabarets, Zirkusveranstaltungen usw.), Tanzvorführungen und Ausstellungen kultureller Art, mit sofortiger Wirkung nicht mehr zu gestatten.“

(Völkischer Beobachter, 14. 11. 1938, S. 1)

Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit (28. 11. 1938)

§ 1

Die Regierungspräsidenten in Preußen (der Polizeipräsident in Berlin), Bayern und in den sudetendeutschen Gebieten, die ihnen gleichstehenden Behörden in den übrigen Ländern des Altreichs, die Landeshauptmänner (der Bürgermeister in Wien) im Lande Österreich und der Reichskommissar für das Saarland können Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden . . . räumliche und zeitliche Beschränkungen des Inhalts auferlegen, daß sie bestimmte Bezirke nicht betreten oder sich zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit nicht zeigen dürfen.

§ 2

Wer den Vorschriften des § 1 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

§ 3

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(RGBl. I, S. 1676)

Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens (3. 12. 1938)

Artikel I

Gewerbliche Betriebe

§ 1

Dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebes . . . kann aufgegeben werden, den Betrieb

binnen einer bestimmten Frist zu veräußern oder abzuwickeln. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden.

§ 2

(1) In jüdische Gewerbebetriebe, deren Inhabern nach § 1 die Veräußerung oder die Abwicklung aufgegeben worden ist, kann zur einstweiligen Fortführung des Betriebs und zur Herbeiführung der Veräußerung oder Abwicklung ein Treuhänder eingesetzt werden, insbesondere wenn der Betriebsinhaber der Anordnung innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht nachgekommen und ein Antrag auf Verlängerung der Frist abgelehnt worden ist.

(2) Der Treuhänder ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die der Betrieb des betreffenden Unternehmens, seine Abwicklung oder Veräußerung erforderlich machen. Seine Ermächtigung ersetzt in diesem Rahmen jede gesetzlich erforderliche Vollmacht.

(4) Die Kosten der treuhänderischen Verwaltung trägt der Betriebsinhaber.

...

§ 4

Mit der Zustellung der Verfügung, durch die ein Treuhänder gemäß § 2 eingesetzt wird, verliert der Inhaber des Gewerbebetriebs das Recht, über die Vermögenswerte zu verfügen, zu deren Verwaltung der Treuhänder eingesetzt ist. Er erlangt dieses Recht erst wieder, wenn die Bestellung des Treuhänders aufgehoben wird.

§ 5

Die Genehmigung der Veräußerung nach § 1 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 ... ist auch in den Fällen notwendig, in denen die Veräußerung angeordnet ist; das gilt auch für die Veräußerung durch einen Treuhänder.

Artikel II

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Grundeigentum und sonstiges Vermögen

§ 6

Einem Juden ... kann aufgegeben werden, seinen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb,

sein anderes land- oder forstwirtschaftliches Vermögen, sein sonstiges Grundeigentum oder andere Vermögensteile ganz oder teilweise binnen einer bestimmten Frist zu veräußern. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden. Die Vorschriften der §§ 2 bis 4 gelten entsprechend.

§ 7

(1) Juden können Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Rechte an Grundstücken nicht durch Rechtsgeschäft erwerben.

...

§ 8

(1) Die Verfügung über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte durch Juden bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung. Die Verfügung über sonstige Vermögensteile bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung, wenn die Veräußerung nach § 6 dieser Verordnung angeordnet ist. Das gilt auch für die Verfügung durch einen Treuhänder.

...

Artikel III

Depotzwang für Wertpapiere

§ 11

(1) Juden haben binnen einer Woche nach Inkrafttreten dieser Verordnung ihre gesamten Aktien, Kuxe, festverzinslichen Werte und ähnlichen Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Neu erworbene Wertpapiere sind binnen einer Woche nach dem Erwerb in ein solches Depot einzuliefern. Der Besitzer derartiger einem Juden gehöriger Wertpapiere darf die Wertpapiere nur an eine Devisenbank für Rechnung des Juden aushändigen.

(2) Soweit zugunsten von Juden Wertpapiere bereits im Depot bei einer Devisenbank liegen oder Schuldbuchforderungen eingetragen sind oder bei einer Verwaltungsstelle Auslösungsscheine hinterlegt sind, auf Grund deren Vorzugsrenten gewährt werden, haben die Juden unverzüglich der Bank, der Schuldenverwaltung oder der Verwaltungsstelle durch eine schriftliche Erklärung ihre Eigenschaft als Juden anzuzeigen. Im Falle des Abs. 1 Satz 3 muß diese Erklärung gegenüber dem Besitzer abgegeben werden.

(3) Die Depots und die Schuldbuchkonten sind als jüdisch zu kennzeichnen.

§ 12

Verfügungen über die in ein jüdisches Depot eingelegeten Wertpapiere sowie Auslieferungen von Wertpapieren aus solchen Depots bedürfen der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers oder der von ihm beauftragten Stelle.

...

Artikel IV

Juwelen, Schmuck- und Kunstgegenstände

§ 14

(1) Juden ist es verboten, Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und

Perlen zu erwerben, zu verpfänden oder freihändig zu veräußern. Solche Gegenstände dürfen, abgesehen von der Verwertung eines bei Inkrafttreten dieser Verordnung zugunsten eines nichtjüdischen Pfandgläubigers bereits bestehenden Pfandrechts aus jüdischem Besitz, nur von den vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufsstellen erworben werden. Das gleiche gilt für sonstige Schmuck- und Kunstgegenstände, soweit der Preis für den einzelnen Gegenstand 1 000 Reichsmark übersteigt.

...

(RGBl. I, S. 1709)

Schuljugend und Neo-Faschismus – ein akutes Problem politischer Bildung

Vorbemerkung

Nicht eine abstrakt-wissenschaftliche Problemstellung veranlaßt uns, hier dem Zusammenhang von Jugend und Neo-Faschismus nachzugehen, sondern die unmittelbare eigene Betroffenheit aus unserem Schulalltag. Folglich erheben unsere Ausführungen auch nicht den Anspruch, eine fundamentale, strukturelle Analyse des neofaschistischen Umfeldes und seiner Rückwirkung auf Jugendliche zu leisten. Wir wollen lediglich einige uns relevant erscheinende Phänomene aufzeigen, Hypothesen formulieren und vorsichtig Möglichkeiten andeuten, wie man den Einfluß des Neo-Nazismus auf die Schuljugend wirkungsvoll bekämpfen kann.

Vielleicht dienen unsere Fragen, Erfahrungen und Befürchtungen anderen Schülern, Studenten, Lehrern und Erziehern dazu, Anzeichen neofaschistischer Mentalität oder Aktivität kritischer wahrzunehmen und entschlossen zurückzuweisen. Wir wollen uns nicht eines Tages von unseren Kindern fragen lassen müssen, warum wir zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte zu denen zählen, die nichts gemerkt und gewußt haben.

Diesem — zugegeben etwas ‚naiven‘ — aufklärerischen Erkenntnisinteresse entspricht auch unser methodisches Vorgehen. Wir können keine eigenen Forschungsergebnisse anbieten, greifen vielmehr auf Erfahrungen im Schulbereich, auf bereits geleistete Faschismus-Analysen oder Materialzusammenstellungen zurück und versuchen, Fakten unter dem Aspekt zu kombinieren, warum ein Teil der Jugend von neofaschistischen Umtrieben in seiner demokratischen Substanz gefährdet ist und welche Gegenmaßnahmen aus pädagogischer Sicht ergriffen werden könnten.

Da wir an dieser Stelle keine theoretische Analyse der verschiedenen Faschismus-Theorien¹⁾ vornehmen können, um uns dann

¹⁾ Vgl. dazu Richard Saage, *Faschismus-Theorien*, München 1977; Reinhard Kühnl, *Faschismus-Theorien*, Reinbek 1975.

für einen bestimmten Faschismus-Begriff zu entscheiden, verweisen wir lediglich auf die einzelnen Elemente, die der Verfassungsschutz-Bericht 1977 zur Kennzeichnung der

INHALT

- I. Phänomene des neofaschistischen Umfeldes
 - 1. Persönliche Erfahrungen aus dem Schulbereich
 - 2. Zum Umfang neonazistischer Aktivitäten
 - 3. Ein Exempel neonazistischer Agitation (Flugblatt)
 - 4. Die Unwissenheit der Schüler über den Faschismus
- II. Historische und psycho-soziale Erklärungsversuche zur Faschismus-Anfälligkeit bei Jugendlichen
 - 1. Die mißglückte „Entnazifizierung“ nach 1945
 - 2. Das Versagen der politischen Bildung und das Problem fehlender demokratischer Vorbilder
 - 3. Die Folgen von Verwöhnung im Erziehungsprozeß: Ich-Schwäche
 - 4. Gesellschaftliche Gewalt und Destruktivität
 - 5. Arbeitslosigkeit und ökonomische Krise als neofaschistisches Reizklima
- III. Die erforderliche Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus
 - 1. Lehrplanrevision im Bereich der politischen Bildung
 - 2. Möglichkeiten der Massenmedien
 - 3. Auftrag an Parteien und Gewerkschaften

gegenwärtigen neonazistischen und rechtsextremen Mentalität zusammenträgt²⁾:

— Ablehnung der demokratischen Rechtsordnung bei gleichzeitigem Eintreten für eine to-

²⁾ Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1977, Bonn 1978.

talitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips;

— Mißachtung der Menschenrechte und unverhohlener Antisemitismus;

— nationalistische Appelle an die „Volksgemeinschaft“ und das „Volksganze“ sowie Aushöhlung der individuellen Grundrechte;

— Verharmlosung des NS-Regimes, Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen und Verherrlichung des „Dritten Reichs“.

Wenn wir also im folgenden von Neofaschismus oder Neo-Nazismus sprechen, meinen wir eine Anschauung, die Teile dieser Kategorien enthält.

I. Phänomene des neofaschistischen Umfeldes

Begünstigt durch eine Vielzahl obskurer Veröffentlichungen über Adolf Hitler und das Dritte Reich, ermutigt durch neu aufgelegte Schallplatten mit Reden führender Nazis und nachgedruckte Ausgaben der NS-Publizistik, begleitet ferner durch einen sprunghaft angestiegenen Handel mit nationalsozialistischen Emblemen und Uniformen ist ein bis dahin für unvorstellbar gehaltenes Anwachsen neonazistischer Aktionen und Veranstaltungen in der Bundesrepublik zu verzeichnen gewesen.

1. Persönliche Erfahrungen aus dem Schulbereich

Atmosphärisch hat sich die veränderte politische Situation längst auch auf die Schulen niedergeschlagen. Zur Veranschaulichung einige persönlich erlebte Fälle an Nürnberger Schulen aus dem Schuljahr 1977/78:

Fall 1: Mehrere Lehrer besuchen mit etwa hundert Schülern außerhalb des Unterrichts den Film „Aus einem deutschen Leben“ von Theodor Kotulla. Der Film schildert den Weggang von Rudolf Höss, dem langjährigen Lagerkommandanten von Auschwitz, der als ‚Verwalter‘ und Überwacher der dortigen Massenvernichtungen an der „Endlösung der Judenfrage“ maßgeblich beteiligt war. Etwa acht Schüler stören während der Filmvorführung wiederholt, gröhlen und applaudieren bei Gewaltszenen und nazistischen Kernsprüchen. Diese Schüler, die alle aus einer Klasse kommen, haben ihre Mitschüler in den vergangenen Jahren in zum Teil brutaler Weise unterdrückt und bewirkt, daß sich die ganze Klasse in einem permanent aggressiven und zerstrittenen Zustand befindet. Einer der „Anführer“ der Gruppe ist nach eigenen Aussagen schon mit einem SS-Mantel in die Schule gekommen.

Fall 2: Die „Nürnberger Nachrichten“ bringen Ende April 1978 eine Fortsetzungsserie

über rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen in der Bundesrepublik. Ein Kollege veröffentlicht daraufhin einen Leserbrief, in dem er seine Zustimmung zu der Zeitungsreihe äußert und die unlängst vor seiner Schule vorgenommene Verteilung neonazistischer Flugblätter erwähnt. Er wird an dem Tag, an dem der Leserbrief erscheint, von einem anonymen Anrufer mehrfach als „dreckige Kommunistensau“ beschimpft und mit Morddrohungen überhäuft. Außerdem erhält der Kollege vier Wochen lang die rechtsradikale „Deutsche Wochenzeitung“ zugeschickt. Später erfährt er, daß ihn etliche seiner Kollegen an der Schule auf Grund des Leserbriefs als „Nestbeschmutzer“ bezeichnen.

Fall 3: Ein Lehrer zeigt in seiner Klasse den Film „Der Schuttberg“ aus dem Jahr 1960, in dem der Wiederaufbau nach 1945 gezeigt und mit den politischen Zielen des Nationalsozialismus konfrontiert wird. Der Film schließt mit Schlagzeilen über neonazistische Umtriebe (Hakenkreuzschmierereien, Synagogenschändung) und warnt davor, neonazistische Hetzparolen auf die leichte Schulter zu nehmen; vielmehr müßten die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften unserer noch jungen Demokratie gegen ihre ideologischen Feinde verteidigt werden. Kaum ist der Film zu Ende, schreit einer der Schüler empört, er verbiete sich derartige Lügenmärchen, der Streifen sei total einseitig, Hitler habe auch viel Gutes für Deutschland getan, z. B. die Arbeitslosigkeit beseitigt, und rennt aus dem Klassenzimmer. Ein großer Teil der Schüler zeigt Verständnis für das Verhalten ihres Klassenkameraden. Anschließend stellt sich heraus, daß der in der Klasse unterrichtende Geschichtslehrer das Dritte Reich überwiegend positiv darstellt. Einige Schüler bekennen, daß sie nun gar nicht mehr wissen, was eigentlich stimmt.

Fall 4: Ein Schüler der 11. Gymnasialklasse und Teilnehmer des verbotenen „Ausch-

witz-Kongresses" bezeichnet seinen Deutschlehrer als „fanatischen Kommunisten“, fragt andere Schüler, die den Leistungskurs Gemeinschaftskunde besuchen, warum sie zu diesem „Kommunisten-Kabuff“ gehen, nennt in einer Diskussion Hitler ein „verkanntes Genie“, dessen Leistungen eines Tages noch gewürdigt würden, und verkündet lauthals, verschiedene Lehrer an der Schule seien nicht „staatstreu“. Als sich in einer 10. Klasse die Deutschlehrerin zum Nationalsozialismus äußern möchte, unterbrechen sie die Schüler mit dem Hinweis, da frage sie doch lieber den „Hitler-Experten“ aus der anderen Klasse. Die betroffenen Lehrer hören von den Äußerungen des Schülers, der außerdem monatelang rechtsradikales Schriftmaterial verteilt hat, und werden beim Direktor vorstellig, um sich gegen die Verleumdungen zur Wehr zu setzen. Es kommt zu einer Aussprache mit dem Schüler, der seine Aussagen nicht in Abrede stellt und sich mit dem Hinweis entschuldigt, er sei erst durch die „Linken“ dazu provoziert worden, eine Beleidigung der Lehrer habe er nicht gewollt. Der Schulleitung erscheint die Einlassung des Schülers ausreichend, von einer Disziplinarstrafe wird abgesehen. Später erfahren die angeschwärzten Lehrer, daß der Schüler Klassenkameraden anvertraut hat, sobald er das Abitur habe, werde er gegen die Lehrer „auspacken“.

Es sei betont: Bei diesen Fällen handelt es sich nicht um krasse Ausnahmen. Viele unserer Kollegen haben über ähnliche Erfahrungen berichtet; da bekennen sich Schüler offen als Nazis, treten mit Totenkopfabzeichen auf, grüßen sich mit „Heil Hitler“ und schüchtern Lehrer ein, die zu widersprechen wagen.

2. Zum Umfang neonazistischer Aktivitäten

Nach den Mitteilungen der „Aktion Sühnezeichen“³⁾ kam es von August bis Oktober 1977, also innerhalb von nur drei Monaten, zu 56 Zwischenfällen mit neonazistischen oder rechtsradikalen Gruppen. Der Pressedienst Demokratischer Initiative (PDI) stellte in einer Dokumentation über neonazistische Aktivitäten für das vergangene Jahr etwa 300 Fälle zusammen, wobei berücksichtigt werden muß, daß längst nicht alle Aktionen bekannt werden und die gemeldeten Vorfälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen⁴⁾. Nach den

Feststellungen des Bundesverfassungsschutzes existierten 1976 bereits 85 rechtsextremistische bzw. neofaschistische Gruppen. Neonazistische Umtriebe wie Hakenkreuzschmierereien oder Schändung jüdischer Friedhöfe sind nicht neu; bereits Anfang der sechziger Jahre erlebte die Bundesrepublik eine erste Welle antisemitischer, pronazistischer Aktionen. Beunruhigend für die Gegenwart ist, daß die Übergriffe und Ausschreitungen von Jahr zu Jahr anwachsen. So wurden von den Behörden 1974 20 Hakenkreuzschmierereien registriert, 1975 83 und 1976 bereits 200. Im August 1977 schändeten Nazis in Düsseldorf 300 Grabsteine, in Hamburg innerhalb von 14 Tagen auf 6 verschiedenen Friedhöfen 268 Gräber. Der Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1977 nennt 317 Ermittlungsverfahren wegen krimineller Umtriebe Rechtsradikaler (im Vorjahr 80); die Zahl der unter Strafe gestellten Ausschreitungen stieg innerhalb eines Jahres von 319 auf 616. Dem Bericht ist auch zu entnehmen, daß sich Neonazis und Rechtsextremisten seit 1978 auch terroristischer Mittel bedienen: Banküberfälle, Munitions- und Waffendiebstähle, Einbrüche in Paßämter. Der „harte Kern“ dieser militanten Gruppen wird auf 100 Personen geschätzt, darunter 20 Terroristen⁵⁾.

Erstmals sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz angesichts der bewaffneten Gewaltanwendung von Rechtsextremen „Anlaß zur Besorgnis“: „Aus diesem Grunde sowie wegen der zunehmenden Bereitschaft zu eskalierender — auch gewaltsamer — Auseinandersetzung mit politischen Gegnern muß der Rechtsextremismus als Gefahrenherd für die öffentliche Sicherheit weiterhin in Rechnung gestellt und mit aller Sorgfalt durch die zuständigen Sicherheitsbehörden beobachtet werden.“⁶⁾

Besonders nachdenklich in diesem Zusammenhang stimmt, daß vielen unserer Mitbürger die Greuelthaten der Nazidiktatur nicht mehr „als so schlimm“ erscheinen; die Tendenz zeichnet sich ab, mit der Ächtung der alten Nazis solle „endlich Schluß sein“, es gehe nicht an, „immer nur Deutsche“ schlecht zu machen, während die Verbrechen der Alliierten ungesühnt blieben. Der Ruf nach einer „Generalamnestie“ für alle Naziverbrechen

³⁾ Heft 4/1977.

⁴⁾ PDI-Sonderheft 2, hrsg. v. K. Hirsch, München 1978.

⁵⁾ Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1977, S. 1—37.

⁶⁾ Ebenda, S. 37.

ist laut geworden, ebenso wird die Forderung vertreten, das Geschichtsbild der jüngsten deutschen Vergangenheit zu revidieren. Die gegenwärtige politische Situation in unserem Land ist gekennzeichnet durch ein Klima wachsender Verharmlosung und Beschönigung; dies gestattet es den alten und neuen Nazis, immer dreister und unverfrorener in der Öffentlichkeit zu agieren und Stimmung für die braune Vergangenheit und eine ähnliche Zukunft zu machen. Die folgende Analyse eines der diversen Nazi-Flugblätter wird zeigen, wie die momentane Agitation aussieht und worauf sie abzielt.

3. Ein Exempel neonazistischer Agitation (Flugblatt)

Zu den Aktivitäten der bundesdeutschen Rechtsextremisten, die den Schülern am häufigsten begegnen, zählen zweifellos Flugblattaktionen. Vor den meisten Schulen in Nürnberg, Fürth und Erlangen fanden solche Flugblattverteilungen, oft über Wochen hin, statt, wobei die Polizei, wenn sie von aufgetragenen Pädagogen alarmiert wurde, zumeist keinen Anlaß zum Einschreiten sah.

Wir wollen eines dieser Flugblätter vorstellen und verdeutlichen, welche propagandistischen Ziele die Autoren damit verfolgen.

Das Flugblatt, auf das wir uns beziehen, hat keine Angabe eines Herausgebers und wirbt für das Buch „Der makaberste Betrug“ von Heinz Roth. Im Text heißt es u. a.:

„Der durch seine aufsehenerregenden Veröffentlichungen in den letzten Jahren weithin bekannt gewordene Verfasser dieses neuesten ‚Bestsellers‘, Heinz Roth, erbringt mit dieser Arbeit den Indizienbeweis dafür, daß

Auschwitz niemals ein Massenvergiftungslager war, daß dort niemals Millionen von Menschen vergast worden sein können.

Die Erfinder und Verbreiter dieser perfiden Lüge geraten nun in eine ausweglose Lage, denn der Autor zitiert hier aus Büchern des Franzosen Prof. Rassinier und des Österreichers Prof. Kogon, die beide im gleichen Konzentrationslager, nämlich in Buchenwald, inhaftiert waren.

Sozusagen aus ihrem Munde erfährt der Leser, daß z. B. die SS-Lagerführungen nicht imstande waren, ihre Kontrollfunktionen anders als rein

äußerlich und im Wege plötzlicher Eingriffe wahrzunehmen. Was hinter dem Stacheldraht wirklich geschah, blieb ihnen verborgen.

... Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die deutschen Konzentrationslager ARBEITSLAGER waren, in denen zum größten Teil Kriminelle, Asoziale und andere Häftlinge untergebracht waren, während der Anteil an jüdischen Häftlingen verhältnismäßig gering war. Die Lebensbedingungen waren zwar hart, aber — nach Angaben ehemaliger Insassen — im Verhältnis zur Front und zu den durch Luftangriffe bedrohten Städten durchaus erträglich.

... In keinem einzigen der unzähligen Bücher über KZ-Erlebnisse, die unmittelbar nach Befreiung der KZler 1945 erschienen, findet sich auch nur ein einziges Wort über Vergasungsanstalten und Vergasungen.

... Nach allen bis heute vorliegenden Unterlagen steht einwandfrei fest, daß die jüdischen Verluste während des 2. Weltkrieges mit absoluter Sicherheit weit unter 500 000 liegen.

... Bevor das eintritt, was man den CIRCULUS VITIOSUS nennt, sollten alle Anstrengungen unternommen werden, die Hetzer zum Schweigen zu bringen. Keine Institution, keine Gruppe und kein Volk kann sich auf die Dauer durch unbewiesene und unbeweisbare Verbrechensvorwürfe erpressen lassen.

Wir sollten es auch den ‚deutschen‘ Erfüllungsgehilfen in Presse, Funk und Fernsehen nicht länger erlauben, ungestört die alten Hetzparolen zu verbreiten.

Ab sofort gilt: Wo immer es jemand unternimmt, mit den Verleumdern unseres Volkes gemeinsame Sache zu machen, sollte Anzeige wegen VOLKSVERHETZUNG gemäß § 130 StGB erstattet werden.†

Das Flugblatt schließt mit dem Hinweis, wo und zu welchen Preisen die Schriften des H. Roth erhältlich sind, und bietet „Textblätter“ an, die die „Wahrheit“ über die „Nürnberger Gangster-Justiz“, die „Kriegsschuld-Lüge“, die „Gaskammern in Auschwitz“, den „Tagebuchswindel Anne Frank“ und die „Schwindelfirma Institut für Zeitgeschichte“ enthalten.

Aufbau und Zielsetzung dieses Flugblattes sind offensichtlich:

— Thesen werden aufgestellt, ohne Argumente, geschweige denn Beweise beizubringen;

— raffiniert werden Aussagen über Buchenwald, das kein Vernichtungslager war, hergenommen, um gegen Auschwitz zu polemisieren;

— Menschen, die die Wahrheit über die Greueltaten der Nazis nicht totschweigen, erfahren Diffamierung als „Hetzer“;

— eine pseudo-juristische Drohgebärde mit dem § 130 StGB soll den Anschein von Seriosität erwecken;

— die Ermordung von sechs Millionen Juden in Gaskammern und Konzentrationslagern wird als historische Lüge der Alliierten hingestellt;

— wenn Juden umkamen, dann vor allem durch eigenes Versagen;

— der Leser wird aufgefordert, sich von der offiziellen Darstellung, wie sie in Schulbüchern oder ernst zu nehmenden Presseorganen zu finden sind, zu distanzieren und das als Wahrheit zu akzeptieren, was Leute vom Schlage Roths auf-tischen.

Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht notwendig, sich mit den Aussagen des Flugblattes inhaltlich auseinanderzusetzen, denn es handelt sich nur um Lügen, Fälschungen oder geschickt montierte Halbwahrheiten. Was es mit den geistigen Vätern der Flugblattverfasser, heißen sie nun Rassinier, Hoggan oder Harwood, auf sich hat und wie es mit der historischen Wahrheit der Judenvernichtung steht, ist u. a. erst kürzlich wieder in Heft B 30/78 dieser Zeitschrift ausführlich dargestellt worden ⁷⁾. Wichtig ist dennoch festzustellen: die Unwissenheit vieler Jugendlicher über die Ereignisse während der Nazi-Diktatur läßt offenbar zu, daß derartigen hanebüchernen Behauptungen Glauben geschenkt wird. Für etliche auf Kritiklosigkeit und Anpassung gedrillte Schüler kann schon deswegen etwas Wahres dran sein, weil es Schwarz auf Weiß dasteht — schließlich sind sie darauf konditioniert worden, die unwahrscheinlichsten Dinge etwa in der BILD-Zeitung oder der täglichen Werbung hinzunehmen. Weiter

⁷⁾ Arthur Suzman/Denis Diamond, Der Mord an sechs Millionen Juden; Georges Wellers, Die Zahl der Opfer der „Endlösung“ und der Korherr-Bericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/78.

zeigt sich, daß eine gefühlsmäßige Gleichgültigkeit gegenüber den Greueltaten und Unmenschlichkeiten während der nationalsozialistischen Herrschaft zu wirken beginnt.

Neben Flugblättern wird der Jugendliche mit einer sich ständig ausbreitenden Publikation rechtsextremer Zeitungen und Pamphlete konfrontiert. Die wöchentliche Auflage der zwei führenden Zeitungen („Deutsche Wochenzeitung“ und „Deutsche Nationalzeitung“) liegt bei rund 100 000 Exemplaren — Zeitungen, die an fast jedem Kiosk erhältlich sind und auch gekauft werden ⁸⁾. Hinzu kommt eine Fülle von Büchern, in denen der Versuch gemacht wird, die Vergangenheit ‚deutsch-national‘ aufzuarbeiten, indem die deutsche Wehrmacht idealisiert, Russen und Amerikaner verteufelt und der Krieg Hitlers als gerechte Sache dargestellt werden, nämlich als verzweifelter Kampf des deutschen Volkes gegen kommunistischen Terror und eine alliierte Übermacht ⁹⁾. Nimmt man die Landsers-Hefte, die von einer ähnlichen Tendenz der Mystifizierung des Krieges und der Verharmlosung des Dritten Reichs geprägt sind, mit hinzu, so muß die jährliche Auflage der antidemokratischen, agitatorisch-faschistischen Veröffentlichungen auf mehrere Millionen angesetzt werden.

4. Die Unwissenheit der Schüler über den Faschismus

Die zunehmenden Nazi-Aktivitäten in Form von Geschichtsfälschungen und -lügen sind vor allem deshalb nicht mehr zu bagatellisieren, weil sie auf eine Schuljugend stoßen, die ohne wirkliche Kenntnisse darüber ist, was zwischen 1933 und 1945 in Deutschland geschah. Untersuchungen vor zehn und zwanzig Jahren haben dies zwar immer wieder zutagegebracht, aber es gilt ganz besonders für die Jugendlichen der Gegenwart, wie Dieter Bossmann anhand von über 3 000 Aufsätzen, die zwischen Oktober 1976 und April 1977 geschrieben wurden, belegen konnte ¹⁰⁾. Die von ihm zusammengestellten Schüleräußerungen zu der Frage, was sie über Adolf Hitler

⁸⁾ Nach dem Verfassungsschutzbericht 1977, S. 6 f.

⁹⁾ Titel solcher Bücher sind: Meineid gegen Deutschland; Verbrechen am deutschen Volk; Die Kriegsschuld der Sieger; Warum werden wir belogen? Was geschah nach 1945? Verrat an Deutschland. Neben H. Roth ist Erich Kern einer der eifrigsten Verfasser solcher Schriften.

¹⁰⁾ Dieter Bossmann, Was ich über Hitler gehört habe ..., Frankfurt 1977.

gehört haben, belegen nachdrücklich: Die Mehrheit der befragten Schüler weiß über die Zeit des Nationalsozialismus so gut wie nichts oder nur Halbwahrheiten und haarsträubende Verdrehungen. „Hitler“, heißt es da beispielsweise, „starb um 1600 rum“. Oder: „Er soll ein Professor gewesen sein.“ „Sein Stellvertreter Bismarck, der in der DDR in Haft sitzt seit bald 20 Jahren, hat in diesem Jahr einen Selbstmordversuch gemacht.“ „Hitler war ein großer Fanatiker des Kommunismus.“ „Hitler war selbst auch ein Jude und wurde von allen Menschen verspottet.“ „Er steckte die Nazis in die Gaskammern.“ „Und die, die sich gegen ihn stellten, nannte er Nazis.“ „Sein Nachfolger war Konrad Adenauer.“ „Heute vertritt ihn Helmut Schmidt.“ „Hitler war ein sehr geistreicher Mann. Meine Mutter sagt immer: ‚Wenn Adolf Hitler noch regieren würde, wir hätten nicht so viele Entführte, Ermordete.‘“

Bossmann selbst kommentiert dazu: „Daß es einen Hitler gegeben hat, gehört zum festen Wissensbestand fast aller Schüler. Doch wann es ihn gab, schon weniger, und die wenigsten wissen, wie er war, doch dafür viele, wie er nicht war. Allenthalben Nichtwissen, schlimmer: Nichtwissenwollen... Wohl gibt es ein ‚Was-war-Interesse‘, zu selten dagegen aber ‚Was-war-warum-Fragen‘, von entsprechen-

den Antworten ganz zu schweigen... Über den ‚Politiker‘ Hitler wird allgemein gewußt, daß er... die herrlichen Autobahnen erfand... Daß er die Juden umbrachte — meist mit oberflächlich angelerntem Abscheu bedacht —, wissen die Schüler zwar, aber in welcher Dimension dieses grauenvolle Geschehen sich vollzog, bleibt im dunklen: ‚so einige tausend‘ wird oft geschätzt. Daß man jeden Tag ‚Heil Hitler‘ hat sagen müssen, erfüllt die Schüler dagegen heute noch mit Schrecken, das eigentlich Schreckliche dagegen weniger. Dafür aber ‚weiß‘ man, die Schwärmerei der Älteren durchhörend, daß es in seiner Zeit keine Arbeitslosen, keine Terroristen und keine Verbrecher gab... Das Inferno des 2. Weltkrieges... gewinnt vielen Schülern nur noch ein müdes Interesse ab, es sei denn, es geht darum, sich in nachträglicher militärisch-strategischer Fehlersuche zu üben... oder kurz wie falsch zu resümieren: ... ‚die anderen waren auch nicht besser.‘“¹¹⁾

Bossmanns Untersuchungen beweisen: Die mögliche Anfälligkeit der Schüler für faschistische Parolen beruht wahrscheinlich nicht nur auf einer entsprechenden Mentalität, sondern vielfach schlicht auf reiner Dummheit und Ignoranz. Und diese klaffende Lücke im Geschichtswissen der Schüler nutzen die Neo-Nazis nachhaltig und radikal aus.

II. Historische und psycho-soziale Erklärungsversuche zur Faschismus-Anfälligkeit bei Jugendlichen

1. Die mißglückte „Entnazifizierung“ nach 1945

Wenn man heute die Frage stellt, wie es dazu kommen konnte, daß Exponenten der Nazi-Diktatur oder Ideologien der NS-Zeit wieder „hoffähig“ geworden sind, kann man an der Art und Durchführung der von den Alliierten initiierten „Entnazifizierung“ nicht vorübergehen. So begrüßenswert der ursprüngliche Versuch war, nach 1945 den Faschismus nicht zu verdrängen, sondern bewußt zu verarbeiten, so muß man doch konstatieren, daß im nachhinein die „Entnazifizierung“ eher einem Fehlschlag gleichkommt und den selbst gesetzten Absichten zuwiderlief, weil durch die oft dilettantische Planung und Durchführung die Möglichkeit kollektiver Verdrängung statt individueller Verantwortlichkeit eröffnet wurde. Zu nennen wären

hauptsächlich vier Kritikpunkte, die zu dem Fehlschlag führten:

- die mangelhafte wissenschaftliche Konzeption;
- die vielfach nachgewiesene politisch-ideologische Übereinstimmung von Spruchkammer-Angehörigen und Beschuldigten;
- die Abkoppelung der ‚Entnazifizierung‘ von notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen;
- die zu starke Beschränkung der „Entnazifizierung“ auf die Gruppe der Beamten bei weitgehender Verschonung von Armee, Wirtschaft und Wissenschaft¹²⁾.

¹¹⁾ Wissensfriedhof Nationalsozialismus, in: Erziehung und Wissenschaft, 11/77, S. 7 ff.

¹²⁾ Vgl. dazu Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1975, S. 96 ff.

Wie problematisch selbst den Befürwortern einer „Entnazifizierung“ schon bald dieser „Umerziehungsprozeß“ des deutschen Volkes wurde, macht das folgende Zitat des bayerischen Entnazifizierungsministers Heinrich Schmitt (Mai 1945—Juni 1946) deutlich, der nach seiner Abberufung ein bitteres Resümee der geleisteten „Entnazifizierungs“-Arbeit zog: „Kein Stand ist nationalsozialistisch so verseucht gewesen wie der Stand der Richter und Staatsanwälte ... Ausgerechnet diese Kreise sollen mit der Durchführung der Reinigung betraut werden und über Nazis und Kriegsverbrecher zu Gericht sitzen ... Es ist nicht schwer, eine Prognose zu stellen: Die Absichten der Herrschaften gehen darauf hinaus, die Kleinen zu hängen und die Großen und Verantwortlichen ungeschoren zu lassen ... Sie werden die Durchführung des Gesetzes volksfremd und volksfeindlich gestalten.“¹³⁾

In ihrer Untersuchung weisen Schmidt und Fichter anhand dokumentarischer Quellen nach, wie sehr der Beginn des Kalten Krieges und die Entscheidung für das Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft dazu beitrugen, die Entnazifizierung letztlich nur formal und oberflächlich, fast im Sinne eines Alibis, durchzuführen¹⁴⁾. Damit thematisieren sie ein Tabu, über das nach wie vor nicht — und schon gar nicht in der Schule — gesprochen und diskutiert wird. Die Schwierigkeit der nachfolgenden Generation, sich an demokratischen Vorbildern zu orientieren, die neu aufgebaute Gesellschaft als wenigstens teilweise identisch mit sich selbst zu begreifen, resultiert nicht zuletzt aus dem Versäumnis, nach 1945 in erster Linie den wirtschaftlichen Wiederaufbau geleistet zu haben, ohne der Frage

nachzugehen, wie die nächste Generation über die formale zeitgeschichtliche Wissensvermittlung hinaus aktiv antifaschistisch erzogen wird.

2. Das Versagen der politischen Bildung und das Problem fehlender demokratischer Vorbilder

Die Grundthese dieses Abschnitts vom Versagen der politischen Bildung, bezogen auf die demokratische Grundhaltung der Jugendlichen, wird zumindest jedem, der sich berufsmäßig mit dem gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereich auseinandersetzt, schrill in den Ohren klingen; doch die Betrachtung der Genese der politischen Bildung nach 1945 läßt kaum einen anderen Schluß zu, wobei in diesem Rahmen ihre verschiedenen Phasen — „Partnerschafts- und Gemeinschaftserziehung“, „Staatsbürgerkunde“, „Harmoniemo- dell“ oder „Konflikterziehung“ — nicht detailliert erörtert werden können¹⁵⁾.

Durchblättert man die fachdidaktische Literatur, so finden sich zu Beginn der siebziger Jahre vielfach ähnliche Kritikpunkte, die das Unbehagen der Autoren an den Resultaten der politischen Bildung artikulieren:

- die unpolitische Anpassung der Jugend an bestehende Macht- und Herrschaftsstrukturen (Schmiederer);
- die gesellschaftliche und politische Weltflucht des Unterrichts sowie das „unverbindlich-allgemeine Bekenntnis zur Demokratie“ (Berichte der Max-Traeger-Stiftung);
- das didaktisch-methodische Unvermögen der Lehrer und Lehrerausbilder (Max-Traeger-Stiftung);

¹³⁾ Ebenda, S. 132.

¹⁴⁾ Deshalb bezeichnen Schmidt und Fichter das Resultat der „Entnazifizierung“ als einen bloßen „Austausch politischer Eliten“; sie stützen sich dabei auf die Analysen amerikanischer Sozialwissenschaftler: „Die Nazi-Eliten wurden nicht von einer Gegen-Elite abgelöst, sondern von einer ‚Eliten-Koalition‘; die Koalition setzte sich anfangs zusammen aus Personen, die weder engagierte Befürworter noch Gegner des NS-Regimes waren, zu denen im Verlauf der Rekonstruktion des kapitalistischen Wirtschaftssystems und des bürgerlichen Staates einzeln und nacheinander große Teile der früheren Experten hinzukamen. Hinsichtlich des sozialen Hintergrundes, der Herkunft und der Karriere dieser Personen zeigt sich ‚trotz drastischer und plötzlicher Wandlungen der politischen Systeme ... eine große Kontinuität und nur ein begrenztes Maß langsamen Wandels im sozialen Hintergrund der deutschen Führungsgruppen ...‘. Ebenda, S. 121 f.

¹⁵⁾ Vgl. dazu Rolf Schmiederer, Politische Bildung zwischen Gemeinschaftsideologie und Nationalismus, in: Das Argument, Heft 54, 1969, S. 431 ff. Siehe auch Hartmut und Thilo Castner, Emanzipation im Unterricht. Didaktik und Methodik einer Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bad Homburg 1976², S. 24 ff.; Forschungsberichte der Max Traeger Stiftung I und II, Frankfurt 1966; E. Becker u. a., Erziehung zur Anpassung?, Bad Schwalbach 1967; Volker Nitzschke, Zur Wirksamkeit der politischen Bildung, Teil II, Schulbuchanalyse, Frankfurt 1966; Wolfgang Mickel, Politische Bildung an Gymnasien, Stuttgart 1967; Hermann Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, München 1966; K. Chr. Lingelbach, Zum Verhältnis der ‚allgemeinen‘ zur ‚besonderen‘ Didaktik. Dargestellt am Beispiel der politischen Bildung, in: Erziehungswissenschaft, Bd. 2 (Funk-Kolleg), hrsg. von W. Klafki u. a., Frankfurt 1970, S. 93 ff.

— die unreflektierte Vermittlung von isolierten Einzelfakten und das Bestehen auf bloßem „Institutionenwissen“ (Becker, Herkommer, Bergmann);

— die unwissenschaftlichen, ideologisch verzerrten Lehrpläne und Lehrbücher (Nitschke);

— die fehlende Demokratisierung der Schulen und das Defizit an einer Gesamtkonzeption (Mickel);

— die mangelhafte Aktualität und die nicht geleistete Aufklärung der Jugendlichen über die eigene Gesellschaft (Giesecke, Lingelbach);

— der wiedererwachende Nationalismus in einigen Ansätzen (Schmiederer).

Darüber hinaus warnte bereits 1968 Walter Jaide vehement vor einer „Entfremdung nach rechts“ und „faschistoiden Einstellungen“ wie: „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten gehabt“; „Kriegsverbrecherprozesse sollten aufhören“; „Die Erwachsenen sollten gegen Opposition und Rebellion der Jugend durch einen Arbeitsdienst bewahrt bleiben.“¹⁶⁾ Roloff und Bigott stellten gar „faschistoide Tendenzen in Lehrbüchern für Sozialkunde und politische Bildung“ fest¹⁷⁾.

Offenbar hat aber diese radikale Kritik an der Wirksamkeit und Zielsetzung der politischen Bildung nicht die wünschenswerte Konsequenz gefunden. Die seit 1970 anhaltende Debatte um Curricula und deren Revision, die auf einen effizienten und kontrollierten Unterricht hinausläuft, hat bislang leider wenig Zeit gefunden, der beileibe nicht überholten Frage nachzuspüren, wie bei jungen Menschen demokratische Verhaltensweisen real zum Tragen kommen und was die Kenntnis des deutschen Faschismus als notwendig negativer Kontrapunkt dazu beitragen könnte. Die Auseinandersetzung mit den sozioökonomischen und psychologischen Ursachen des deutschen Faschismus im Sinne einer auch im Alltag wirksamen antifaschistischen Einstellung war bis dato kein Hauptthema der politischen Bildung, denn es wurde quasi unterstellt, es sei selbstverständlich, daß bei gutem Willen die Jugendlichen irgendwie zu Demokraten heranwachsen, um so die „Ver-

gangenheit zu überwinden“. Die Aussage des ehemaligen Berliner Bildungssenators Carl-Heinz Evers spricht dem Hohn: „Oft ist es wichtiger, die Ströme der Völkerwanderung zu kennen als die Widersprüche im wirtschaftlichen Kreislauf. Und die Zahl der Mitglieder des Bundestages zu wissen, ist vielfach für die Zensur ausschlaggebender als demokratisches Verhalten erlernt zu haben. So kann es geschehen, daß ein Schüler, der sich im Alltag als kleiner Neofaschist gebärdet, ein ‚Sehr gut‘ in politischer Bildung erhält.“¹⁸⁾

Das Fazit, das Richard Saage am Ende seiner Analyse über Faschismus-Theorien zieht, trifft genau die Perspektive, die der politischen Bildung nach 1945 angedenken hätte, die sie aber nur unvollkommen oder gar nicht wahrgenommen hat: „Genau wie damals (treten dem Bürger, d. Verf.) gesellschaftlich herrschende Interessen und ihre organisierte Umsetzung auf internationaler Ebene als unbegreifenes Schicksal, oder, um mit Brecht zu sprechen, als ‚dunkle Mächte‘ gegenüber. Sie transparenter zu machen und dadurch zugleich eine Betroffenheit auszulösen, die nicht zu einem populistisch-faschistoiden Protest verkommt, ist eine Aufgabe, die mehr als nur ein akademisches Interesse verdient.“¹⁹⁾

Neben dem Versäumnis einer offensiven antifaschistischen Erziehung stellt sich für die politische Bildung auch das Problem der Leitbilder, die durch die starke Personalisierung von Geschichts- und Gesellschaftsprozessen für Jugendliche noch immer eine große Rolle spielen. Wie zahlreiche Untersuchungen²⁰⁾ über jugendliche Vorbilder belegt haben, besteht bis zur Pubertät für die Mehrheit der Heranwachsenden eine starke Orientierung an dem elterlichen Vorbild. Danach setzt in aller Regel eine Ablösung ein: Die eigenen Eltern werden zunehmend kritisch und distanziert, mit ihren Fehlern und Schwächen wahrgenommen; der Jugendliche entwickelt ein starkes Bedürfnis nach Vorbildern, die über den familiären Rahmen hinausreichen. Solche Personen waren in den 50er Jahren Albert Schweitzer, John F. Kennedy, später Che Guevara und teilweise Willy Brandt. Kennzeichnend für die Gegenwart scheint zu sein,

¹⁸⁾ Carl-Heinz Evers, Versäumen unsere Schulen die Zukunft?, Düsseldorf 1971, S. 68 f.

¹⁹⁾ Richard Saage, Faschismustheorien, a. a. O., S. 152.

²⁰⁾ Hermann Bertlein, Das Selbstverständnis der Jugend, Hannover o. J.; Walter Jaide, Eine neue Generation?, München 1971; Thilo Castner, Schüler im Autoritätskonflikt, Neuwied/Berlin 1969.

¹⁶⁾ Walter Jaide, Jugend und Demokratie. Politische Einstellungen der westdeutschen Jugend, München 1970, S. 50 ff. und 107 ff.

¹⁷⁾ Ernst-August Roloff u. Barbara Bigott, in: be: trifft: Erziehung, 1970/3, S. 20 ff.

daß Personen mit politischer Ausstrahlung auf junge Menschen, zumindest in der westlichen Welt, immer rarer werden. Die Distanz und Privatisierung, die Jaide schon 1968 feststellte, ist inzwischen noch größer geworden. Demokratie in der großen Politik wie in der mitmenschlichen Kommunikation hat anscheinend für manche Jugendlichen an Attraktion verloren. Da sie die totalitäre Staatsform des NS-Regimes aus eigener Erfahrung nicht kennt, sich in der Schule zu selten mit dem Faschismus auseinandersetzen muß und sie sich die Unmenschlichkeit einer Diktatur auch nicht vorstellen kann, erscheinen ihr die Unterdrückung von Minderheiten oder die Abschaffung aller bürgerlichen Grundrechte als nicht sonderlich gravierend, denn aus ihrer Sicht hat auch die demokratische Staatsform gleichfalls viel Negatives. Wenn EMNID jüngst meldete, 48 % der bayerischen Jugend hätten nichts einzuwenden gegen einen „Diktator“, sofern er nur „fähig“ und „Staatsmann“ sei, so drückt diese Umfrage einen Trend aus, der im Wachsen begriffen ist.

Die politische Bildung kann für diese Entwicklung sicher nicht als Alleinverursacher hingestellt werden, das hieße schon, die Möglichkeiten von Schule und Unterricht hoffnungslos zu überfordern und zu pervertieren, aber alle an der Konzeption der politischen Bildung Beteiligten müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie rechtzeitig und präzise begriffen haben, daß der Neo-Faschismus in der Bundesrepublik ein Zentralthema der Lernziele und der Lerninhalte darstellen muß. So wie Faschismus nicht über Nacht kommt, wird sich auch die politische Bildung darauf einzustellen haben, daß die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus eine langfristige Konfrontation erfordert ²¹⁾.

3. Die Folgen von Verwöhnung im Erziehungsprozess: Ich-Schwäche

Wenn auch die fehlgeschlagene „Entnazifizierung“ und das partielle Versagen der politischen Bildung bestimmte historische Gründe offenlegen, warum der Faschismus in der Bundesrepublik bis heute nicht überwunden ist, so bleibt doch zu fragen, wieso nur ein Teil der Schuljugend spezifische Dispositionen zeigt, sich mit nazistischem Gedankengut vertraut zu machen. Offensichtlich spielen beim

Zustandekommen der späteren faschistischen Erwachsenen-Mentalität besondere psychische Konstellationen im Elternhaus eine wichtige Rolle ²²⁾.

Wenn wir im folgenden eine Analogie anbieten zwischen der Psyche des jungen Adolf Hitler und der psychischen Verfaßtheit mancher Jugendlicher, so formulieren wir keine feststehenden sozialwissenschaftlichen Ergebnisse, sondern weisen auf Hypothesen, auf mögliche Übereinstimmungen hin. Empirischen Studien in Zusammenarbeit von Psychoanalyse, Soziologie und Geschichtswissenschaft sollte es vorbehalten bleiben, die von uns referierten Vermutungen sorgfältig zu überprüfen.

In seiner Analyse über die Persönlichkeitsstruktur Adolf Hitlers kommt Erich Fromm zu dem Resultat, daß Hitlers Destruktivität, sein Zerstörungswahn bis hin zur totalen Vernichtung des deutschen Volkes, im wesentlichen in der Verwöhnung und Verweichlichung in seiner Kindheit begründet liegt. Er schreibt: „Der kleine Junge (= A. H.) scheint der Augapfel seiner Mutter gewesen zu sein. Sie verhätschelte ihn, schalt ihn nie und bewunderte ihn. Er konnte einfach nichts falsch machen. Ihr ganzes Interesse und ihre ganze Liebe konzentrierten sich auf ihn. Ihre Haltung trug ... sehr wahrscheinlich zur Entwicklung seines Narzißmus und seiner Passivität bei. Er war ‚wunderbar‘, ohne daß er sich irgendwie anzustrengen brauchte, da seine Mutter ihn ohnehin bewunderte; er brauchte sich um nichts zu bemühen, da seine Mutter jeden Wunsch erfüllte. Er seinerseits beherrschte die Mutter und hatte Wutanfälle, wenn sie ihm etwas verweigerte.“ ²³⁾

Von Anfang an verwöhnt und von sich überzeugt, war der junge Hitler an Erfolge gewöhnt, ohne sich anstrengen zu müssen. Als die ersten Schwierigkeiten auftauchten, die nur durch Einsatz und Arbeit zu meistern gewesen wären, gab er schnell auf. Während er in der Volksschule aufgrund seiner sozial gehobenen Herkunft den meisten Kindern überle-

²²⁾ Kurt Lenk, Mentalität und Meinungsmilieu als Faktoren rechtsradikalen Erfolgs, in: Das Argument, Nr. 48, 1968, S. 319 ff.

²³⁾ Erich Fromm, Anatomie ..., a. a. O., S. 421. Es sei nicht verschwiegen, daß Fromms Analyse der Hitler-Kindheit vom Psychoanalytiker Stierlin bezweifelt wird. Stierlin seinerseits hält eine ödipale Fixierung Hitlers sowie ein Syndrom „Hitler als Rächer seiner Mutter“ für wahrscheinlicher als Fromms „nekrophilen Charakter“. Vgl. Helm Stierlin, Adolf Hitler, Frankfurt 1975.

²¹⁾ Felix Kuballa, Jürgen Roth, Faschismus kommt nicht über Nacht, München 1976.

gen war und sich kaum zu bemühen brauchte, um gute Noten zu erhalten, änderte sich dies auf der Realschule grundlegend. Fromm schildert diesen Abschnitt in Hitlers Leben sehr detailliert. Sein weiteres Leben war eine Kette von Fehlschlägen und Mißerfolgen. Er mußte die Schule verlassen, scheiterte als Maler, fand keine Aufnahme in der Kunstakademie, erlernte keinen Beruf, war arbeitslos, lebte als Asozialer. Entsprechend seinem ausgeprägten Narzißmus suchte er die Schuld bei anderen: bei seinem Vater, seinen Lehrern, Professoren, Freunden, später bei Juden, Intellektuellen, Linken, Kommunisten. Er flüchtete sich in eine Phantasiewelt, machte Pläne und Programme, um von der gescheiterten Wirklichkeit fortzukommen, und entwickelte gegenüber allem, was erfolgreich war, extreme Haßgefühle und Zerstörungswünsche.

„Es hatte zunächst den Anschein, daß mit Ausbruch des Krieges sein Versagen ein Ende nehmen würde, aber das Ende war nur eine neue Demütigung: die Vernichtung der deutschen Armeen und der Sieg der Revolutionäre. Diesmal hatte Hitler die Möglichkeit, seine persönliche Niederlage und Demütigung zu verwandeln, was ihn in die Lage versetzte, darüber sein persönliches Scheitern zu vergessen. Diesmal war nicht er gescheitert und gedemütigt worden, sondern Deutschland. Wenn er nun Deutschland rächte und rettete, rächte er sich selbst, und wenn er Deutschlands Schande auslöschte, löschte er auch seine eigene Schande aus. Sein Ziel war jetzt nicht mehr, ein großer Künstler zu werden, sondern ein großer Demagoge. Er hatte das Gebiet entdeckt, auf dem er eine wirkliche Begabung und daher auch eine reale Erfolgchance besaß.“²⁴⁾

Warum dieser lange Exkurs über die Entwicklungsgeschichte Hitlers? Er verdeutlicht einmal, wie sich im politischen Handeln eines Menschen Motive finden, die individualpsychologischen Ursprungs sind. Primär persönliche Umstände ließen Hitler zum Politiker werden: die Hoffnung, auf der politischen Bühne etwas erreichen zu können, was ihm als Normalbürger nicht gelungen war. Zum anderen, und dies soll hier im Vordergrund stehen, weist Hitlers Kindheit auf Phänomene, wie wir sie tendenziell von der gegenwärtigen Jugend wohlhabender Industrienationen seit einiger Zeit kennen. Wachsender Wohlstand und unreflektierter Konsum ermögli-

chen ein Leben in Bequemlichkeit, reduzieren Aktivität und Spontaneität, münden schließlich in der Ausprägung stark gehemmter und ich-schwacher Persönlichkeiten, die unter schwindender Initiative, geringer Widerstandskraft und mangelnder Willensstärke leiden²⁵⁾. Der nahezu uneingeschränkte Konsum bewirkt vor allem bei Kindern und Jugendlichen Verwöhnungs- und Passivierungserscheinungen. Mit Nahrungsmitteln und Süßigkeiten vollgestopft zu werden, Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt zu bekommen, ständige Abwechslung am Fernseher zu finden, ist für viele Heranwachsende zu einem „Dauererlebnis“ geworden²⁶⁾.

Es sei nun die Hypothese gewagt, daß viele dieser verwöhnten Wohlstandskinder in gewisser Weise dem jungen Hitler gleichen oder unter ähnlichen frühkindlichen Fehlentwicklungen leiden wie er: Sie kapitulieren allzu schnell vor größeren Schwierigkeiten, suchen die Schuld für eigenes Versagen bei anderen, nicht bei sich selbst, und erwarten von ihrer Umwelt fortgesetzt Beistand und Aufmerksamkeit. Horst Wetterling hat den gefährlichen Prozeß dieser Ich-Schwäche unter Kindern und Jugendlichen infolge uneingeschränkter Konsumhaltungen und pädagogisch versagender Eltern schon vor mehr als zehn Jahren beschrieben: „Scheitern sie aber bei dem Beginnen, sich ‚oben‘ zu behaupten, weil ihr Können und ihr Verstand nicht ausreichen, um mit einer Aufgabe fertig zu werden, so resignieren sie schnell. Sie können weder geduldig warten noch Widerstände ausdauernd und mutig angehen. Auch ertragen sie es kaum, an die Grenzen zu geraten, die jedem Menschen gesetzt sind. Jäh schlägt sich Selbstbewußtsein um, wenn sie eine ‚Niederlage‘ hinnehmen müssen. Dann meinen sie, überhaupt nichts mehr zu taugen, und versuchen, durch Heulen und verzagtes Fragen wenigstens Mitleid, also wiederum Aufmerksamkeit zu erregen... Oder sie werfen den Lehrer als ‚doof‘ ab und suchen durch Mogeln ans Ziel zu kommen.“²⁷⁾

Wir halten es zwar für notwendig, die von Fromm und Wetterling vorgelegten Thesen zu

²⁵⁾ Vgl. dazu: Peter Hunziker, Erziehung zum Überfluß. Soziologie des Konsums; Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 79 ff. Wolfgang Schmidbauer, Homo consumens. Der Kult des Überflusses, Stuttgart 1972, S. 49 ff.

²⁶⁾ Horst Wetterling, Behütet und betrogen. Das Kind in der deutschen Wohlstandsgesellschaft, Hamburg 1966, S. 72.

²⁷⁾ Ebenda, S. 73.

²⁴⁾ Erich Fromm, Anatomie . . ., a. a. O., S. 444.

verbinden und weiter zu erforschen, betonen jedoch, daß wir mit dieser Parallele *lediglich eine Tendenz* in der Mentalität mancher Jugendlicher charakterisieren wollten, um neofaschistisches Agieren von der psychologischen Seite her zu erklären. Wenn eine derartige Analogie überstrapaziert wird, entsteht die Gefahr psychologischer Personalisierung, die ablenkt von anderen gesellschaftlichen *Ursachen*, die Faschismus als Mentalität erst zulassen und begünstigen.

4. Gesellschaftliche Gewalt und Destruktivität

Psychische Dispositionen, die im Elternhaus vorbereitet werden, benötigen ein bestimmtes soziales Umfeld, innerhalb dessen sie sich entfalten können. So bildet das große Potential an Aggressivität in unserer Gesellschaft zweifellos eine mentale Verstärkung für das Anwachsen rechtsradikaler bzw. faschistischer Gesinnung unter der jungen Generation. Tagtäglich wird Gewalt in Filmen und Fernsehsendungen dargestellt und damit verherrlicht. Ellbogeneinsatz und Rücksichtslosigkeit gelten als legitime Mittel der Konfliktlösung, des Sich-Durchsetzens und Erfolg-Habens. Offiziell wird Gewalt zwar als minderwertig abqualifiziert, tatsächlich aber wird sie überall praktiziert — im Beruf, im Sport, in der Familie, in der Politik, in der Schule. Kinder sind Gewaltanwendung gegenüber besonders hilflos und, wie wir wissen, gerade in der Bundesrepublik in hohem Maße durch das kinderfeindliche Verhalten der Erwachsenen bedroht²⁸⁾.

In den bundesdeutschen Schulen läßt sich seit geraumer Zeit ein beträchtliches Anwachsen von aggressivem Verhalten registrieren. Schüler erleben ihre Schule als Kampfarena, auf der sie Niederlagen einstecken, von bestimmten Lehrern gedemütigt und unterdrückt, von stärkeren Mitschülern geschlagen, drangsaliert und gepeinigt werden. Was vielen dann nur noch hilft, ist Gegengewalt — entweder als

Zerstörung von Sachen (Schulmöbel, Gegenstände von Klassenkameraden) oder als Rache an schwächeren Schülern. Berichte, vor allem aus Großstädten, sprechen für sich:

Gesamtschullehrer: „Die Aggressionen untereinander, die waren sehr stark, als ich in die Klasse kam. Die hatten so quasi Schlägereien, Kung-Fu-Tritte in den Rücken, Kung-Fu-Tritte in den Magen ... Zum Beispiel sind alle Lehrer verpflichtet, am Anfang der Pausen die Toiletten aufzuschließen. In der Anfangsphase, als sie ganz geöffnet waren, waren die Toiletten total zerstört worden, d. h. die Porzellanbecken sind zertrümmert worden, die Trennwände rausgebrochen worden, man hat die Zwischenstücke von den Pinkelbecken rausgeschraubt und dann den Abdrücker runtergedrückt und festgebunden, so daß die Toilette danach ganz unter Wasser stand ...“

Hauptschullehrer: „Wir kommen gegen 10 Uhr an der Felsengruppe an. Hier setzen sich sofort einige Schüler ab, klettern auf die Felsen und machen oben ein separates Lager auf. Zu ihnen stößt nach einiger Zeit B ... er trägt eine ca. 50 cm lange Machete bei sich. Offensichtlich sind derartige Macheten (ich sehe später noch drei) derzeit ein beliebtes Statussymbol ... Einige Zeit später gibt es einen ohrenbetäubenden Knall. B. hat eine Leuchtrakete abgeschossen. Er zeigt mir auch relativ stolz seinen ‚Ballermann‘ ... Im Laufe des Vormittags gesellen sich mehrere — ich glaube ehemalige — Schüler zu unserer Gruppe. Jeder dieser Ehemaligen hat eine Machete bzw. Pistole ... Es kommt zu einer heftigen Keilerei ... H. wird mit dem Kopf mehrfach gegen den harten Felsboden geschlagen. Es ist mir später nicht möglich, irgendeine Rekonstruktion des Geschehens von H. zu erhalten. Er hat wohl Angst, einen Mitschüler zu verpeifen.“²⁹⁾

Derart krasse Dinge ereignen sich zwar nicht an jeder Schule, jedoch an mehr Schulen, als eine uninformierte Öffentlichkeit weiß, und es existiert mit Sicherheit keine Schule mehr, an der nicht regelmäßig leichtere Formen der Sachbeschädigung und Körperverletzung stattfinden³⁰⁾. Kinder und Jugend-

²⁸⁾ Hans Peter Bleuel, *Kinder in Deutschland*, München 1973; *Gewalt gegen Kinder*, hrsg. von Bast u. a., Reinbek 1975. Auch die regelmäßigen Appelle des Deutschen Kinderschutzbundes verhindern nicht, daß jährlich Hunderte von Kindern von ihren Eltern oder Verwandten totgeprügelt werden. Nach der Unfallstatistik von 1976 starben auf deutschen Straßen 1156 Kinder und 46 253 wurden verletzt — in Italien, einem kinderfreundlichen Land, gab es zur gleichen Zeit nur 498 tote und 12 404 verletzte Kinder.

²⁹⁾ Die Berichte sind entnommen aus der pädagogischen Zeitschrift „betrifft: Erziehung“, Heft 7/1976, S. 32 ff.

³⁰⁾ Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß das Ausmaß an Gewalt in den USA-Schulen noch viel gravierender ist. Nach Berichten des National Association of School Se-

liche, die Brutalität und Destruktivität erleben, nachahmen und letztlich als Verhaltensweise verinnerlichen, werden so durch eine gewalttätige Gesellschaft darin bestätigt, ihre eigentliche Ich-Schwäche zu kompensieren³¹⁾. Plötzlich zum Vorschein kommende Destruktivität ist jedoch nicht „menschliche Natur“, sagt Fromm, sondern „das destruktive Potential, das durch gewisse permanente Bedingungen genährt und durch plötzliche traumatische Ereignisse mobilisiert wird“³²⁾.

Die Anwendung terroristischer Mittel, von Gewalt und Zerstörung, gehört zu den Wesensmerkmalen jedes Faschismus³³⁾. Auch die deutschen Neonazis bekennen sich wieder offen dazu. Ihnen erscheint die Beachtung der bestehenden Grundrechte als „idiotischer Humanismus“, als „Feigheit“ und „Schwäche“³⁴⁾. Was ihrer Meinung nach gegenwärtig nottut, sind diktatorische Maßnahmen: „Durchgreifen“, ein unerbittlich harter Kurs. Wilfried Krauß, Chef der „Jungen Nationaldemokraten“, bekundete auf einem „Kongreß“ seines Verbandes 1977 seine Freude darüber, „daß hier bei uns in dieser jungen NPD die Kraft heranwächst, die eines Tages aufräumen wird mit dem kommunistischen Spektakel“, wobei die Neofaschisten unter „kommunistischem Spektakel“ die Gewerkschaften, alle demokratischen Parteien und die bestehende Grundordnung verstehen. Und Krauß erläuterte auch, was danach kommen sollte:

curity Directors kam es 1974 an amerikanischen Schulen zu 8 568 Vergewaltigungen und anderen sexuellen Delikten, 11 160 bewaffneten Raubüberfällen, 256 000 Einbruchsdiebstählen und 189 332 größeren Tötlichkeiten. In nur einem Jahr wurden 100 Schüler in der Schule ermordet, Hunderttausende beraubt und verletzt. Obwohl die Stadt New York jährlich 1,3 Mill. Dollar für Schulwächter und 3,5 Dollar für die Stationierung von Polizei in der Schule ausgibt, betrug der Vandalismus-schaden 1971 3,7 Mill. Dollar. Chicago beschäftigt 700 security guards, die jährlichen Sicherheitskosten betragen 10 Mill. Dollar. Einige amerikanische Schulen versuchen der Gewalttätigkeit dadurch zu begegnen, daß bei Betreten des Schulgebäudes scharfe Sicherheitskontrollen wie auf Flughäfen stattfinden. Nach: G. Grauer/P. Umben/R. Wolff, Gewalt in der Schule — Schule als Gewalt, in: betrifft: Erziehung, 1976/7, S. 40—46.

³¹⁾ In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß in der Bundesrepublik die Kinder-Kriminalität beträchtlich zunimmt. Vgl. dpa-Archiv- und Informationsmaterial vom 4. 1. 1978, S. 11 ff.

³²⁾ Fromm, a. a. O., S. 306.

³³⁾ Vgl. Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek 1971, S. 146 ff.

³⁴⁾ Nach: Deutsche Wochenzeitung vom 12. 5. 1978, S. 3.

„ein neuer Arbeitsdienst“, „Beseitigung der Tarifautonomie“, „Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen“³⁵⁾.

Jungen Menschen, die an sich Gewalt erlebt haben, die sich psychisch schwach fühlen, erscheint das freimütige Bekenntnis neonazistischer Sprecher zu Härte und Unversöhnlichkeit als etwas Imponierendes und Faszinierendes, möglicherweise auch als angemessene Reaktion auf Jugendarbeitslosigkeit, Schulversagen, berufliches Scheitern oder persönliche Schwierigkeiten. Dies bestätigen Erfahrungen aus den Münchner Freizeitheimen. Wie Heidrun Graupner in der „Süddeutschen Zeitung“ Anfang dieses Jahres berichtete, erleben diese Freizeitheime seit Monaten eine regelrechte „Hitler-Welle“. Zahlreiche Heimbesucher identifizieren sich mit Adolf Hitler als Führerfigur, nicht weil sie sich für die nationalsozialistische Ideologie, für Rassismus oder ein Großdeutsches Reich interessieren, sondern weil sie von den von Hitler und der SS angewandten Methoden des Terrors fasziniert sind und sie sich damit die Lösung ihrer Probleme, Asozialität und Berufslosigkeit, erhoffen.

5. Arbeitslosigkeit und ökonomische Krise als neofaschistisches Reizklima

Wir wissen heute, daß der Aufstieg der NSDAP bis zur Machtübernahme 1933 maßgeblich begünstigt wurde durch Massenarbeitslosigkeit, Verängstigung und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. 1932 war das Jahr mit den meisten Arbeitslosen, gleichzeitig aber auch der Höhepunkt der faschistischen Wahlerfolge³⁶⁾. Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit trieben den Mittelstand und Teile der Arbeiter- und Angestellten-schaft den Faschisten zu, denn radikale Lösungen, Härte und Unnachgiebigkeit erscheinen in Augenblicken schwerer Wirtschaftskrisen vielen Menschen als adäquate Mittel der Politik, weil sie offensichtlich die eigenen psychischen Ängste beschwichtigen.

Wenn sich die sozioökonomische Situation der Gegenwart auch nicht mit den Bedingungen der Weimarer Republik gleichsetzen läßt, so muß man doch im Auge behalten, daß die

³⁵⁾ Nach: Nürnberger Nachrichten vom 28. 4. 1978.

³⁶⁾ Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977, 42. Aufl., S. 94 ff.; vgl. auch Werner Ripper, Weltgeschichte im Aufriß, Frankfurt 1976, S. 282 ff.

momentanen Krisenerscheinungen in unserem Wirtschaftssystem dazu führen, gerade junge Menschen zu desorientieren und zu verunsichern. Die Aussichten, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- oder Studienplatz zu bekommen und somit nahtlos in die Wohlstandsgesellschaft eingepaßt zu werden, sind auf Jahre hinaus ungewiß. Kippes und Marino stellen fest: ³⁷⁾

„Den Sekundarbereich I werden bundesweit zwischen 1977 und 1983 jährlich etwa 700 000 bis 750 000 Absolventen verlassen... Nach neueren Berechnungen stehen ihnen jährlich nur etwa 400 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Gleichzeitig ist zu befürchten, daß im selben Zeitraum jährlich etwa 40 000 bis 60 000 Abiturienten, denen der Weg nach oben durch Numerus clausus und mangelnde Aufnahmefähigkeit des Dienstleistungsbereichs versperrt ist, einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen... (Im) Sekundarbereich II steigt die Zahl der Absolventen... bis 1984/85 um weitere 60—70 %. Das führt nach Modellrechnungen dazu, daß bis 1980 bundesweit etwa 50 000, bis 1985 rd. 260 000 studierwillige Abiturienten keinen Studienplatz bekommen können, also von oben in den Ausbildungsstellenmarkt drängen. Insgesamt verlassen von 1975 bis 1985 rd. 9,7 Mill. Schüler das allgemeinbildende Schulsystem. Auch wenn wie bisher 10 % jedes Abgangsjahres als ungelernete Arbeiter, Arbeitslose, nicht erwerbstätige Frauen freiwillig auf die Ausbildung verzichten, werden in diesen 10 Jahren noch mehr als 1,4 Mio Personen gezwungenermaßen, wegen mangelnder Aufnahmefähigkeit des beruflichen Bildungssystems, auf die angestrebte berufliche Erstausbildung verzichten müssen. Das bedeutet, daß bis 1985 voraussichtlich rd. 1/4 des neuen Erwerbspersonenpotentials, keine ausreichende Erstausbildung erhalten haben.“

Die Auswirkungen anhaltender Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen sind bekannt: sie reichen von persönlichen Schuld- und Minderwertigkeitsgefühlen, von Apathie und Resignation, von Isolation und Aggressivität bis

³⁷⁾ L. Kippes/G. Marino, Jugendarbeitslosigkeit, Bd. A 57 der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1977, S. 41 f.

hin zu kriminellen Handlungen, Alkoholismus und Drogenmißbrauch ³⁸⁾.

Die zumeist sehr schwierige finanzielle Lage arbeitsloser Jugendlicher führt darüber hinaus zu einer schweren Belastung der familiären Beziehungen und zu scharfer sozialer Diskriminierung: „Der durch die Arbeitslosigkeit erzeugte psychische und soziale Druck vom Individuum in irgendeiner Weise verarbeitet werden, sei es in Form von Schuld- und Versagensgefühlen, also nach innen gerichteten Aggressionen, sei es in Form von Projektion auf andere soziale Gruppen, meist Minoritäten (sogenannte ‚Sündenbock-Strategie‘), oder sei es in Form nach außen gerichteter, offener Aggressivität.“ ³⁹⁾

Leider liegen bislang keine empirischen Ergebnisse vor, wie hoch die Korrelation zwischen arbeitslosen Jugendlichen und deren Faschismus-Potential ist; wir meinen aber, es gibt Indizien für folgende gravierende Hypothese:

Junge Menschen, die sich abseits der Gesellschaft befinden und das Gefühl haben, von Politikern, Gewerkschaften und sonstigen Institutionen im Stich gelassen zu werden, erweisen sich als besonders gefährdetes Rekrutierungsfeld faschistischer Ideen. Für sie, die vermeintlich Vergessenen und Vertrösteten, stellen nazistische Kampfpapieren und Drohungen gegen die demokratische Ordnung so etwas wie eine positive Perspektive dar. Ihre zerrüttete wirtschaftliche Basis, die fehlende existentielle Sicherheit gibt somit der ideologischen Anfälligkeit zahlreicher Jugendlicher erst die reale Motivation, den Nährboden zum rechtsextremistischen Handeln.

Wir halten es für unabdingbar, auf diesen Zusammenhang von Wirtschaftssystem und Faschismusanfälligkeit hinzuweisen, weil sonst alle Erklärungen zu kurz greifen, woher die neonazistische Einstellung von Jugendlichen stamme ⁴⁰⁾.

³⁸⁾ Ebenda, S. 72 ff.

³⁹⁾ Karin Schober, Arbeitslose Jugendliche: Belastungen und Reaktionen der Betroffenen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1978/Heft 2, S. 202.

⁴⁰⁾ Zum Zusammenhang vgl. Richard Saage, Faschismustheorien, a. a. O., S. 130.

III. Die erforderliche Auseinandersetzung mit dem Neo-Faschismus

Wenn wir hier den Anspruch erhöhen, griffige Rezepte gegen die Weiterverbreitung des Neo-Faschismus parat zu haben, trafe uns zu Recht der Vorwurf der Überheblichkeit und Unredlichkeit. Aus unseren Erfahrungen des Widerstands gegen neonazistische und rechts-extreme Propaganda und deren Vertreter möchten wir lediglich Impulse geben, um die Zahl derer zu vergrößern, die den Kampf gegen den Faschismus bewußt und aktiv führen wollen.

1. Lehrplanrevision im Bereich der politischen Bildung

Bereits 1972 zeichnete eine Marburger Studiengruppe ein bedenkliches Bild bundesdeutscher Geschichtsbücher⁴¹⁾.

Daß die Ergebnisse dieser Gruppe in keiner Weise veraltet oder überholt sind, hat Dieter Bossmann unlängst ins Gedächtnis gerufen:

„Vonnöten erscheint endlich auch einmal das gründliche Be- und Hinterfragen amtlicher Richtlinien, Lehrpläne und Stundentafeln — vor allem aber auch der Geschichtsbücher. Gerade sie sind wegen ihrer im Verhältnis zu anderen Lehrmitteln häufigeren Benutzung ein bedeutsamer Faktor bei der Vermittlung politischer und geschichtlicher Bildung: für die Schüler oft die einzige Informationsquelle, für die Lehrer oft das einzige Hilfsmittel... Mit welcher Leichtigkeit in manchen von ihnen der Nationalsozialismus zum ‚Hitlerismus‘ verkürzt wird, läßt einen erschauern. Kam und ging der Faschismus mit Hitler etwa auf Nimmerwiedersehen?... Darf man politisch-moralisch verhunzt, und sprach-dumm obendrein, im Zusammenhang mit dem Krieg von ‚Erfolg, Gewinn, Gewinner, sinnvoller Verlängerung etc.‘ reden? Wann wird endlich eingesehen, daß nicht der 8. Mai 1945 der Tag des Zusammenbruchs Deutschlands‘ war, sondern der 30.1.1933?“⁴²⁾

Und auch an einer anderen Aussage Bossmanns gibt es nichts zu deuteln: „Daß auch 32 Jahre danach der NS im Schulunterricht

oft nur angetippt, manchmal gar nicht durchgenommen wird, ist und bleibt ein politisch-pädagogischer Skandal. Untersuchungen müßten einmal klipp und klar feststellen, wieviel Schüler auch heute noch immer die Schul verlassen, ohne jemals etwas vom NS gehört zu haben.“⁴³⁾

Unsere Forderungen zur Lehrplanrevision im Bereich der politischen Bildung und des Geschichtsunterrichts nehmen sich vielleicht recht bescheiden aus, deuten aber doch die Richtung an, die von den Schulbuchkommissionen und den Kultusministerien berücksichtigt werden sollte:

— der Faschismus muß als Schwerpunktthema im Geschichts- und Sozialkundeunterricht der Sekundarstufe I und II behandelt werden, besonders intensiv hinsichtlich der ökonomischen Hintergründe und Ursachen, die zum Nationalsozialismus führten;

— eine gezielte Aus- und Weiterbildung der Lehrer zu diesem Thema ist vonnöten, sowohl unter didaktischen als auch methodischen Aspekten;

— Faschismus darf nicht länger nur als ein Wissens-Problem verstanden werden. Lehrer und Schüler müssen sich darüber im klaren sein, daß es hierbei um Einstellungen und Werthaltungen geht, die emotional ‚besetzt‘ sind: Faschismus und Nationalsozialismus müssen als negativ besetzte Begriffe vermittelt werden;

— kultusministeriell zu genehmigendes Material sollte durch anerkannte Wissenschaftler und Pädagogen sorgfältig überprüft werden, ob die Resultate kritischer Schulbuch-Analysen eine adäquate Berücksichtigung gefunden haben.

2. Möglichkeiten der Massenmedien

Soll eine breite Öffentlichkeit gegen den aufkeimenden Neo-Faschismus mobilisiert werden, so fällt den Massenmedien eine überragende Rolle zu. Presse, Funk und Fernsehen bestimmen das Denken und Handeln der meisten Menschen in den Industrieländern in weit größerem Umfang als jede andere gesellschaftliche Institution. Wieviel Aufklärungsarbeit könnte beispielsweise das Fernsehen

⁴¹⁾ Reinhard Kühnl u. a., *Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher*, Reinbek 1973, S. 203 ff. Vgl. auch R. Saage, *Faschismustheorien*, a. a. O., S. 19 ff.

⁴²⁾ Dieter Bossmann, *Wissensfriedhof Nationalsozialismus*, a. a. O., S. 9.

⁴³⁾ Ebenda, S. 8.

zum Thema „nationalsozialistische Vergangenheit“ leisten?

Was auf dem Gebiet der Geschichtsdokumentation möglich ist, hat vor kurzem Jost von Morr in seiner Sendung über den Nürnberger Ärzteprozeß eindrucksvoll bewiesen⁴⁴⁾. Über viele der NS-Verbrechen liegt eine Fülle von Material vor: über das Leben in KZs, Judenvernichtung, Vorbereitung und Durchführung des Krieges, Unterdrückung von Minderheiten, Unterjochung anderer Völker, Widerstand gegen das Dritte Reich usw. Die Ausstrahlung von Dokumentarfilmen⁴⁵⁾ in regelmäßigen Abständen und zu günstigen Sendezeiten würde in kurzer Zeit der älteren Generation die teilweise in Vergessenheit geratenen Fakten in Erinnerung bringen und der jungen Generation die Augen darüber öffnen, was Faschismus gewesen ist.

Eine zweite Möglichkeit bieten Spielfilme, in denen Ereignisse zwischen 1933 und 1945 dargestellt werden. Tatsächlich existieren nur wenig deutsche Spielfilme über den Nationalsozialismus und seine Hintergründe⁴⁶⁾. Es wäre aber für die Fernsehanstalten ein leichtes, entsprechende Aufträge an engagierte Filmemacher zu vergeben oder ausländische Filme anzukaufen.

Die bloße Ausstrahlung von Sendungen, ohne Erarbeitung eines „antifaschistischen Medienkonzeptes“, wäre jedoch zweifellos mit erheblichen Risiken verbunden. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend, könnten folgende Überlegungen eine Rolle spielen:

— Die NS-Vergangenheit darf auf keinen Fall aus einer „Monsterperspektive“ erfolgen, indem die Nazi-Größen wie Hitler, Himmler oder Heydrich als Bestien und Dämonen dargestellt werden. Solche Filme, von denen es — vor allem im Ausland — eine ganze Reihe

gibt, personalisieren die Geschichte in einer gefährlichen Weise und befriedigen allenfalls Sensationslust.

— Ebenfalls personalisierend wirken Filme wie „Hitler — eine Karriere“ von J. C. Fest. Der Film suggeriert in wissenschaftlich unhaltbarer Weise, daß der Nationalsozialismus durch den „Führer“ geschaffen wurde, ja ohne ihn undenkbar wäre. Zudem wirkt Hitler in vielen Phasen anziehend und überwältigend. Demgegenüber sind Filme notwendig, die die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen für den Aufstieg des deutschen Faschismus aufzeigen, z. B. das Verhalten des Mittelstands und der Industrie, die soziale Herkunft der Nazis, „Vorläufer“ in der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik, Entwurzelung breiter Schichten durch den Ersten Weltkrieg, die Rolle der Erziehung etc.

— Filme, die Erwachsene ansprechen, sprechen noch lange nicht Jugendliche an. Identifizierungen mit antifaschistischen Einstellungen könnten eventuell erzielt werden, wenn Spielfilme aus der NS-Zeit, in denen blinder Gehorsam und heldenhafte Tapferkeit als unkritische Primärtugenden („Hitlerjunge Quex“) mit Kommentaren und Einblendungen aus der Gegenwart versehen werden, die die mystische Glorifizierung durchbrechen und Einsichten vermitteln. Einen derartigen Versuch hatte der Atlas-Verleih mit dem NS-Durchhalte-Film „Kolberg“ bereits Anfang der sechziger Jahre unternommen.

Voraussetzung für alle Massenmedien, die zu einer antifaschistischen Aufklärungsarbeit bereit sind, wäre wohl, daß kommerzielle Überlegungen, hohe Umsätze oder positive Leserbriefe keine Rolle spielen. Wer den Nationalsozialismus „vermarkten“ möchte, um daran zu verdienen, trägt dazu bei, daß die Verdrängung der Vergangenheit fortgesetzt wird und die Neo-Nazis ihre Chance der ideologischen Vergiftung behalten.

3. Auftrag an Parteien und Gewerkschaften

Das Ringen um Regierungsmacht und Wählerstimmen hat zu Formen der Auseinandersetzung geführt, in der die persönliche Verunglimpfung des politischen Gegners vielfach das Hauptziel darstellt und nicht mehr gefragt wird, welche Auswirkungen Parlements-theatralik und Wahlkampfpolemik auf die Mentalität und Wertvorstellungen der Ju-

⁴⁴⁾ Im ARD am 24. 8. 1978 um 20.15 in der Reihe „Spuren“. Der Dokumentarfilm berichtete über die 23 Ärzte, denen anlässlich der Nürnberger Prozesse 1946/47 medizinische Experimente an Versuchspersonen zur Last gelegt worden waren. Die Sendung zeigte die Täter, die sich allesamt für unschuldig erklärten, und die gequälten und mißhandelten Opfer, von denen einige wenige noch leben und als Zeugen aussagen konnten.

⁴⁵⁾ Z. B. „Mein Kampf“ von Erwin Leister; „Der gewöhnliche Faschismus“ von Michail Romm; „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais; „Requiem für 500 000“ von Jerzy Bossak. Teilweise sind diese Filme bei den Landesfilmdiensten auch für Unterrichtszwecke jederzeit ausleihbar.

⁴⁶⁾ Zwei der bekanntesten: „Nackt unter Wölfen“ von Franz Boyer und „Aus einem deutschen Leben“ von Theodor Kotulla.

gend zeitigen. Damit soll keiner verwaschenen Harmonie das Wort geredet werden; aber es stünde den Parteien besser an, sich auf die sachliche Konfrontation zu beschränken. Gleichfalls muß kritisch angemerkt werden, warum die Parteien allesamt seit ca. 20 Jahren keine offensive Auseinandersetzung mehr mit dem Faschismus führen. Den 30. Jahrestag von der Befreiung des Faschismus beispielsweise übergang man weitgehend und überließ ihn der Interpretation durch die DKP. Jetzt jährt sich zum 40. Mal der Tag der „Reichskristallnacht“; das könnte Anlaß genug sein, für die Jugend Teile einer fast verschütteten Vergangenheit wieder ans Licht zu ziehen.

Als generelle Forderungen für die Zukunft stellt sich den Parteien zumindest eine dreifache Aufgabe:

— Sie betrachten die bestehenden neofaschistischen Gruppen als ernst zu nehmende Gegner, deren Herausforderung nicht länger unbeachtet bleibt;

— sie beschränken sich in der politischen Auseinandersetzung untereinander auf die Konkurrenz sachlicher Programmatik und meiden die Formen der persönlichen Diffamierung;

— die Paragraphen 86 und 86 a (Verbreitung verbotener Propagandamittel; Tragen und Verbreiten von Abzeichen verbotener Parteien) sowie des § 130 StGB (Angriffe auf die Menschenwürde) werden konsequent angewendet. Es wird geprüft, inwieweit präzisere Gesetze notwendig sind, um den wachsenden Handel mit NS-Gegenständen sowie die Herstellung nazistisch indoktrинierter Schallplatten, Bücher und Zeitschriften einzudämmen.

Noch größere Bedeutung als den obigen Punkten kommt jedoch dem resoluten Kampf der Parteien, zusammen mit den Gewerkschaften, gegen die anhaltende Arbeitslosigkeit,

insbesondere unter Jugendlichen, zu. Qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen sowie zusätzliche Lehr- und Arbeitsstellen müssen in unserer Gesellschaft absolute Priorität gewinnen. Nur so ist es möglich, Jugendliche vor politisch ungaren Ideen zu bewahren.

Junge Menschen werden in Zukunft zunehmend weniger Verständnis und Geduld aufbringen, wenn sie feststellen, daß es immer noch ein Defizit an Schulen, Lehrwerkstätten, und sonstigen Bildungseinrichtungen gibt. Die Einführung eines 10. Pflichtbildungsjahres, die Schaffung von „Solidarisierungsfonds“, wie von SPD-Politikern vorgeschlagen⁴⁷⁾, sowie Etatusschichtungen zugunsten der Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik sind Maßnahmen, die zu einer erheblichen Reduzierung der augenblicklich über 200 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren⁴⁸⁾ beitragen können.

Nur in dem Maße, in dem es Politikern und Gewerkschaftlern gelingt, der Jugend glaubhaft vor Augen zu führen, daß Perspektiven bestehen, die sie vor Beschäftigungslosigkeit und einer unsicheren Zukunft bewahren, wird dem Neo-Faschismus der sozio-ökonomische Nährboden für eine Ausbreitung seiner Propaganda und Umtriebe entzogen. Grundsätzlich gilt: der Kampf gegen den Faschismus steht solange auf verlorenem Posten, wie er nur auf eine kleine Gruppe von engagierten Demokraten begrenzt bleibt und sich nicht als Notwendigkeit im Bewußtsein breiter Bevölkerungskreise verankert.

⁴⁷⁾ Nach den Vorstellungen Wolfgang Roths sollen alle Erwerbstätigen eine Arbeitsmarktabgabe entrichten, die die finanziellen Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten bilden soll. Nach: Basis-Bildung. Informationen Nr. 5 zur Jugend-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik, hrsg. v. G. Hirschfeld, Glashütten 1978, S. 5 ff.

⁴⁸⁾ Die Zahl im Mai 1978 betrug 234 000 Arbeitslose unter 25.

Wolfgang Scheffler: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/78, S. 3—30

Das Jahr 1938 ist in der nationalsozialistischen Judenpolitik durch eine zunehmende Verschärfung antijüdischer Maßnahmen gekennzeichnet. Durch die gezielte Einengung der Existenzmöglichkeiten strebte das Regime die Ausschaltung der deutschen Juden aus der Wirtschaft an. Die wirtschaftliche Verelendung sollte den jüdischen Bevölkerungsteil zur Auswanderung zwingen.

Das Attentat von Paris bot den Anlaß, die ohnehin angestrebten Ziele schneller zu realisieren. Dabei wurden drei Absichten mit dem Novemberpogrom verwirklicht: 1. Zerstörung jüdischer Gotteshäuser, Verwüstung von Geschäften und auch Wohnungen, Terror gegenüber einer ‚artfremden‘ Minderheit. 2. Energisches Vorantreiben der Ausschaltung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben durch das Verbot der Ausübung ihrer Berufe, Zwangsarisierungen, „Milliardenbußgeldzahlung“ usw. 3. Verstärkter Auswanderungsdruck durch die Verhaftung von ca. 30 000 Juden, deren Entlassung aus den Konzentrationslagern im wesentlichen von der Vorlage der Auswanderungspapiere abhängig gemacht wurde.

Der Pogrom, verharmlosend auch „Reichskristallnacht“ genannt, markierte einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der NS-Judenpolitik. Von der Jahreswende 1938/39 an gingen die entscheidenden Impulse der Vertreibungs- und späteren Vernichtungspolitik in zunehmendem Maße von dem Geheimen Staatspolizei aus, während die Bürokratie mit Gesetzen und Verordnungen die administrativen Ergänzungen lieferte.

Die wiedergegebenen Dokumente, vornehmlich nationalsozialistische Quellen, spiegeln in zumeist bisher wenig bekannten Verlautbarungen die verschiedenen Stadien des Pogroms wider. Schon die SD-Berichte lassen erkennen, daß es sich um einen „Parteipogrom“ handelte, während die Masse der Bevölkerung nicht beteiligt war.

Hartmut und Thilo Castner: Jugend und Neo-Faschismus — ein akutes Problem der politischen Bildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/78, S. 31—46

Der Verfassungsschutzbericht für 1977 belegt eindringlich die bedrohlich wachsende Agitation sowie den militanten Aktionismus neofaschistischer Gruppen. Die Autoren verfolgen bei ihrer Analyse der rechtsradikalen Umtriebe primär die Auswirkungen neofaschistischer Propaganda auf Jugendliche im Schulbereich, zeigen die Hilflosigkeit und Unfähigkeit vieler Schüler, das Phänomen Faschismus intellektuell, moralisch oder emotional bewältigen zu können, und belegen eine zunehmende Anfälligkeit für neofaschistische Ideologien und Wertvorstellungen.

Bei der Ursachenerforschung dieser „Faschismusanfälligkeit“ von Teilen der Schuljugend wird nachgewiesen, daß neben einer mißglückten Entnazifizierung auch die Politische Bildung nach 1945 für diese Entwicklung verantwortlich zeichnet, weil sie die Erziehung zur Demokratie nicht nachhaltig genug mit einem offensiven Konzept gegen die nationalsozialistische Ideologie gekoppelt hat. Ferner stellen die Autoren Indizien, Fragen und Hypothesen zusammen, die andeuten, daß unter Umständen die massiv um sich greifende Konsumerziehung, die extensive Verwöhnung von Kindern im familiären Bereich und die gesellschaftlich gebilligte Verherrlichung von Gewalt und Grausamkeit bei jungen Menschen „Ich-Schwäche“ begünstigen, die ihrerseits faschistoide Wertmuster und Traditionen im Sinne eines Vorbildschemas und psychischen Halts nach sich ziehen kann. Es wird aussichtslos Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der Weimarer Republik und deren Nährbodenfunktion für die faschistische Mentalität wachrufen müssen.

In den abschließenden Bemerkungen zu einer notwendigen Abwehrstrategie gegen die Verführung Jugendlicher zum Neo-Faschismus und zu einer fundamentalen Verankerung antifaschistischen, demokratischen Verhaltens im Alltag weisen die Autoren auf bedenkliche Defizite bei Parteien, Gewerkschaften, Massenmedien und im Schulunterricht hin und stellen einen Verbund von Maßnahmen zusammen, der nur dann wirksam werden kann, wenn die Mehrheit der demokratischen Bürger, Gruppen und Institutionen ohne Verniedlichung und Beschwichtigung gegen jede Form aufkeimenden Neo-Faschismus aktiv und bewußt Widerstand leistet.

Die Autoren gehen bei der Analyse von ihren eigenen Erfahrungen mit neofaschistischen Aktivitäten in der Schulpraxis aus.